



Weihnachtsstimmung in Berlin – nicht für alle wird es ein fröhliches Fest

Fotos: Chr. v. Polentz/transifoto.de

OH DU (WENIG) FRÖHLICHE ...

Unterm Tannenbaum liegt die Kündigung – rigider Sparkurs bei der Märkischen Oderzeitung geht mit Ausgründen und Stellenstreichen weiter

Zum Jahreswechsel läuft der Sparkurs bei der Märkischen Oderzeitung Frankfurt (Oder) erneut zu Hochform auf. »Drastische personelle Einschnitte« stehen bei der Geschäftsleitung der MOZ GmbH auf der Geschenkeliste. Unterm Weihnachtsbaum werden bei weiteren Kolleginnen und Kollegen des seit Ende 2012 zur »Neuen Pressegesellschaft Ulm« gehörenden Verlags- und Druckhauses Kündigungen liegen. Nach Entlassungen im Druckhaus durch die Inbetriebnahme einer gebrauchten Druckmaschine aus Weingarten und der Ausgründung redaktioneller Mantelteile im Sommer nach Berlin (Sprachrohr berichtete), haben im August sieben Beschäftigte aus den für das Bearbeiten der Zeitungsseiten zuständigen Bereichen PPS/ISDN/Bildbearbeitung ihren Job beim Märkischen Verlags- und Druckhaus (MVD) verloren. Deren Aufgaben wurden von der – tariflosen – Tochterfirma »Freienwalder

Kurier GmbH« übernommen. Bilder werden seitdem automatisch per Softwareprogramm »Intellitune« bearbeitet. Die Finanzbuchhaltung wird bald zur Konzernmutter nach Ulm verlagert. Den 13 Mitarbeiterinnen wird – genau wie den zuvor Entlassenen – die seit August existierende

GESCHÄFTSFÜHRUNG RECHNET KNALLHART

Transfergesellschaft angeboten. Alle sechs fest angestellte Fotografen sollen »freigesetzt« werden, können künftig versuchen, sich »mühsam als Freiberufler über Wasser zu halten«, wie Betriebsratsvorsitzender Uwe Steinborn einschätzt. Weitere Stellen sollen beim Schreibpool, im Archiv, der Grafik und beim Anzeigen-Innendienst des Druckhauses gestrichen werden. Fast alle Anzeigenverkäufer wurden bereits vor längerem

in eine »Media Vermarktung GmbH« verschoben. Immer mehr Beschäftigte sind damit der Interessenvertretung des Betriebsrates entzogen. Etwa 44 Kolleginnen und Kollegen, so hat der Betriebsratsvorsitzende zusammengerechnet, haben bereits oder werden innerhalb weniger Monate ihren Arbeitsplatz im Verlag und Druckhaus verlieren. »Ein Chapeau an die Geschäftsführung«, sagt er mit Bitterkeit.

Diese rechnet knallhart, verspricht sich durch Ausgründung und Stellenstreichung eine beinahe die Millionenhöhe erreichende Kostenersparnis pro Jahr. Sinkende Auflagen, schwindende Werbeerlöse und der »drohende« Mindestlohn für Zusteller müssten als Begründung für einen rigorosen Sparkurs herhalten, so Steinborn. Wie Geschäftsführer Andreas Simmet signalisierte, werde dieser beibehalten. Freiwerdende Stellen würden nicht nachbesetzt, Arbeitsverdichtung in Kauf genommen.

Zudem wurden »interne Vereinbarungen« zu Betriebsweihnachtsfeiern und Geschenken für die Kinder der Beschäftigten aufgekündigt. »Die soziale Kälte nimmt zu«, sagt Steinborn. »Die Stimmung unter unseren Kolleginnen und Kollegen ist mies. Sie arbeiten unter großem Druck, viele sind am Limit.«

Für das MVD hat der Betriebsrat mit ver.di-Unterstützung einen Sozialplan und Abfindungen ausgehandelt. »Wir bieten den Kolleginnen und Kollegen im Rahmen unse-

SOZIALPLAN UND ABFINDUNGEN AUSGEHANDELT

rer Möglichkeiten Hilfe an. Auf unternehmerische Entscheidungen jedoch haben wir als Betriebsrat keinen Einfluss«, erklärt Steinborn. »Ein guter Start ins Neue Jahr sieht anders aus.«

B. ERDMANN

INHALT

SEITE 7

Auf Tour mit einem
Zeitungszusteller

MITTELSEITEN

TTIP – Geheim,
interessengeleitet, unsozial

SEITE 11

Interview: Wir haben es uns
gemerkt – Forderungen der
Lehrkräfte an Musikschulen

SEITE 13

Büchergilde Ost – Nachschlag
zum 90. Geburtstag

SEITE 14

Sie waren unsere Nachbarn!
Jüdische Familienschicksale
erforscht

**EIN GUTES, GLÜCKLICHES,
GESUNDES NEUES JAHR ALLEN
LESERINNEN UND LESERN DES
SPRACHROHRS.**

Jedes Gesetz, das Tarifeinheit im Betrieb durch Regeln erzwingen will, ist ein Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie. Ein solches Gesetz schwächt die Arbeitnehmerseite und ihre Gewerkschaften. Selbst wenn das Gesetz kein Wort zum Streikrecht enthält, wird das Ausweiten des Tarifvertrages einer Mehrheitsgewerkschaft zwangsläufig zu einer Einschränkung des Streikrechtes für die kleinere Gewerkschaft führen. Die Rechtssprechung kann nicht anders, sie wird Streiks der Minderheitsgewerkschaft wegen Unverhältnismäßigkeit untersagen müssen. Gerade der ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie weiß sehr gut, wie zufällig die Mehrheiten in einem Betrieb verteilt sein können.

Die aktuelle Debatte um Streiks der Spartengewerkschaften bei der Deutschen Bahn und den Lufthansapiloten vernachlässigt die von den Arbeitgebern geschaffenen wirtschaftlichen Realitäten. Am Beispiel Flughafen ist das gut zu sehen: Vor Jahrzehnten waren Menschen, die Flugzeuge säubern, Essen und Trinken besorgen, Gepäck befördern, Passagiere kontrollieren, waren Piloten und Kabinenpersonal noch Beschäftigte von ein oder zwei Firmen der Fluglinie und dem Flughafenbe-

treiber. Beide unterlagen – wie bei der Lufthansa – sogar denselben Tarifverträgen, denen des öffentlichen Dienstes. Ein gemeinsamer Arbeitskampf am Flughafen wurde um Lohnerhöhung für alle geführt.

Inzwischen haben Arbeitgeber aus ein oder zwei Unternehmen durch

Flugzeugabfertigung am Boden, Cateringfirmen, Reinigung, Passagierkontrolle, Gepäckkontrolle, Flughafenbetreiberfirma... Dazu kommen noch Leiharbeiterinnen, Subunternehmen und Scheinselbständige. Wenn die Firmen überhaupt tarifgebunden sind, hat jede einen an-

Monate blockieren. Daran wird das geplante Gesetz zur Tarifeinheit noch nicht einmal etwas ändern.

Die DGB-Gewerkschaften bekämpfen die Zersplitterung von Unternehmen, weil jede Spaltung die Arbeitnehmerseite schwächt. Intensiv wurde das angekündigte Gesetzesvorhaben auf dem DGB-Kongress im Mai diskutiert und der Beschluss gefasst: »Keine Eingriffe ins Streikrecht!« Denn ein Gesetz zur Tarifeinheit wird Arbeitgebern Vorteile bringen: Das Streikrecht wird eingeschränkt, Mehrheitsverhältnisse müssen nachgewiesen werden etc. Aus den Erfahrungen der Weimarer Republik haben die DGB-Gewerkschaften gelernt, dass in einem Betrieb am besten eine Gewerkschaft die Interessen aller Beschäftigten vertritt. Eine Zergliederung durch Spartengewerkschaften wird immer einzelne Berufsgruppen bevorzugen und andere benachteiligen. Alle Arbeitnehmer tragen zum wirtschaftlichen Erfolg bei, die Putzfrau genauso wie die Techniker. Sie sind am erfolgreichsten, wenn sie solidarisch im gleichen Arbeitskampf für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen eintreten und im Streik Seite an Seite für alle kämpfen! Deshalb gilt für ver.di: Solidarisch aus Überzeugung, ein Betrieb, eine Gewerkschaft!

AUF EIN WORT

KEINE EINGRIFFE IN DAS STREIKRECHT!

ASTRID WESTHOFF, STELLV. LANDESBEZIRKSLEITERIN
VER.DI BERLIN-BRANDENBURG



Fotos: Chr. v. Polentz/transifoto.de

Tarifflicht, Ausgründung, Privatisierung und Betriebsübergang 20 oder mehr Firmen gemacht. Sie können sogar zu verschiedenen Branchen gerechnet werden: fliegendes Personal,

deren Tarifvertrag. Damit sind legal genauso viele Arbeitskämpfe möglich, wie es Firmen gibt. Sie können zeitlich aneinander anschließen und im Extremfall einen Flughafen über

BUCHTIPP

ABRECHNUNG

DIOGENES VERLAG
ZÜRICH 2013/2014

Dies ist ein handfester, bis zur letzten Seite spannender Kriminalroman und ein neuer Fall für den sympathischen Kommissar Kostas Charitos: Zu Neujahr 2014 ist Griechenland vom Euro zur Drachme zurückgekehrt, gleichzeitig wird als staatliche Sparmaßnahme für die kommenden drei Monate das Gehalt gestrichen. Doch Ermittlungsarbeit bekommen die Kriminalisten dennoch genug, eine Serie von Morden

an drei prominenten Athener Bürgern hält sie in Atem. Den steinreichen Bauunternehmer, den einflussreichen Universitätsprofessor und den protzigen Gewerkschaftsfunktionär verbindet lediglich ihre Vergangenheit als Teilnehmer an der Studentenrevolte gegen die Militärjunta 1973 am hauptstädtischen Polytechnikum und ihre Zeit im Folterkeller. In allen drei Fällen haben sich die Kinder – Abbild der jungen Generation – von ihren Eltern losgesagt. Sie wollen nicht mehr mit der verlogenen Berufung auf die Vergangenheit leben, aus der jeder reichlich Kapital geschlagen hat. Und gerade darauf zielt der Serien-

SEINE KRIMIS MISCHEN SICH EIN

mörder ab, auf den Widerspruch zu den ehemaligen Idealen.

Es ist bereits der siebente Fall, in dem der klug und beharrlich ermit-

telnde Kommissar sein Lesepublikum fesselt. Er ist das Gegenteil des rauen Einzelgängers, sowohl geduldig bei den Vernehmungen wie verständnisvoll gegenüber seinen Mitarbeitern. Man lernt seine harmonische Großfamilie kennen, die mit Gemeinschaftssinn und öffentlichem Engagement die Auswirkungen der Krise zu überstehen sucht.

Die Bücher von Petros Markaris sind nur oberflächlich betrachtet Krimis. Es sind moderne Gesellschaftsromane. Der Autor hat die erfolgreiche Form gewählt, um die Probleme Griechenlands zu behandeln und erfüllt damit die Aufgabe, der Kunst aufgetragen ist: sich den Ereignissen der Gegenwart zu stellen, sich einzumischen. »Abrechnung« ist der Abschlussband einer Trilogie (mit *Faule Kredite* und *Zahntag*), in der Markaris den Mechanismus der Krise und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung durchleuchtet. Dabei sieht der Autor die Schwierigkeiten des Landes im Wesentlichen als selbstgemacht an, als die Folgen ei-

ner jahrelang falschen Politik. Petros Markaris (geb. Markarian) hat Wirtschaftswissenschaft studiert, zum Schreiben kam er über seine Liebe zum Theater und die Begegnung mit

SCHWIERIGE FRAGEN LEICHT LESBAR ERKLÄRT

der Literatur Brechts, dessen Texte er auch übersetzte. Aber: »Ich wäre niemals zum Romanschreiben gekommen, wäre da nicht Kommissar Kostas Charitos vor mir aufgetaucht.«

Wie gut – denn wie angenehm ist es, schwierige Fragen der allgegenwärtigen Krise nicht nur in schwerverdaulichen Sachbüchern oder aus dem Mund von Politikern erklärt zu bekommen. ANNEMARIE GÖRNE

Petros Markaris: *Abrechnung*. Roman. Deutsch von Michaela Pinzinger. Diogenes Verlag Zürich. 320 Seiten. Leinen 22,90 Euro. Ab Dezember Taschenbuch 10,90 Euro. ISBN 978-3-257-24303-1. Auch eBook.

Bei der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) wird weiter geschumpft. Die Mediengruppe Madsack als Eigentümerin schwimmt mit im bundesweiten Trend der Zerstückelung von Verlags- und Druckhäusern, der Auslagerungen aus »wirtschaftlichen Gründen«.

Zum 1. Januar wird nun die Haus-technik des Verlages ausgegründet, acht Haushandwerker landen in der Madsack Dienstleistungsgesellschaft. »Sie arbeiten am gleichen Ort weiter, sind dann aber dem Einfluss der Interessenvertretung entzogen«, erläutert Betriebsratsvorsitzende Karin Wagner. Mit der Dienstleistungsgesellschaft und dem Madsack Personalmanagement – auch dieses eine ausgegründete Firma – wurden zuvor Konditionen u.a. zu Arbeitszeiten verhandelt. »Wir wollen, dass die Kollegen keine Nachteile erleiden, obwohl sie dann aus den Tarifverträgen rausfallen.«

In der Druckerei ist nach der Kündigung von fünf Kollegen (Sprachrohr berichtete) und deren derzeitiger Freistellung »noch alles im Umbruch. Diese Kollegen fehlen definitiv, deshalb müssen Schichtpläne immer wieder umgestellt werden, seit Einführung der neuen Druckmaschine im Sommer mehr als 130 Mal«, sagt die Betriebsratschefin. »Die von der Geschäftsführung sportlich errechneten Beschäftigungszahlen funktionieren in der Praxis nicht.«

Im Berliner Verlag wird verhandelt. Nach Bekanntgabe der Aufspaltungspläne durch den Konzern M. DuMont Schauberg im Rahmen einer »Perspektive Wachstum« (siehe Sprachrohr 4/2014), versuchte der Betriebsrat in bisher drei Gesprächen, Beschäftigung und Tarifbindung zu erhalten. Den Interessensvertretern seien dabei »keine nachvollziehbaren Gründe« genannt worden, weshalb etwa der »Berliner Kurier« in eine andere Gesellschaft ausgelagert werden soll. Außer »Zersplitterung in mobile Einheiten mit ungewisser Zukunft« sehen die Be-

HOFFNUNG AUF GEMEINSAMEN BETRIEBSRAT

triebsräte keinen Sinn in den ange-drohten tiefgreifenden Umstrukturierungen, die bereits zu Jahresbeginn 2015 greifen sollen. Ein Lichtblick: »Der Verlag hat noch einmal bestätigt, dass er für die neuen Ber-

Sportlich gerechnet

Im MAZ-Verlagshaus wird weiter geschumpft



Druckerei im Umbruch: Entlassene fehlen

Foto: Chr. v. Polentz/transitfoto.de

Auch in der Redaktion wächst der Druck und sinkt die Stimmung. »Arbeit wird umgeschaufelt. Die Blattmacher am Newsdesk delegieren die

HIERARCHIEN, DIE ES BISLANG NICHT GAB

Aufträge einzeln an die Reporterinnen und Reporter weiter. Denen wiederum fehlen zunehmend Übersicht und Einflussnahme. Das schafft

Hierarchien, die es zuvor nicht gab«, meint Wagner. »Ein neues Problem.«

Der Betriebsrat hat jetzt eine psychische Gefährdungsanalyse für das Unternehmen angeschoben. »Nach den Umstrukturierungen ist es an der Zeit, die Gefahren an den einzelnen Arbeitsplätzen zu analysieren und wirksame Maßnahmen für die Gesunderhaltung der Beschäftigten abzuleiten«, konstatiert Wagner. »Da ist die Geschäftsführung in der Pflicht.«

B.E.

KURZ UND KNAPP

Deutsche Welle im Umbau

Nach der Budgeterhöhung um 7,5 Mio. Euro für die Deutsche Welle fordert ver.di, die von den Personalräten des Auslandssenders formulierten Eckpunkte für den Umstrukturierungsprozess umzusetzen. Diese sehen u.a. den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen vor, Qualifizierung für vom Umbau Betroffene und Weiterbeschäftigung für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Eine besondere Verantwortung gäbe es für Beschäftigte aus Nicht-EU-Staaten. Auch langjährig für den Sender arbeitende Freie seien weiter zu beschäftigen.

Tarifeinigung für vorwärts Verlag

Ende Oktober gelang die Tarifeinigung für die 30 Beschäftigten der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH (BvVG), Network Media GmbH und NetworkMedia GmbH (NWMD). Ab Januar 2015 wird bis Anfang 2016 das Gehalt in drei Schritten auf das Tarifniveau angepasst, danach erfolgt eine Steigerung um 2 Prozent. 35-Stunden-Woche und 30 Tage Urlaub sind vereinbart. Laufzeit des Tarifvertrages ist bis Ende 2017.

Zerstückelt in mobile Einheiten

Berliner Verlag wird systematisch zerlegt

liner Kurier GmbH dieselben Tarifverträge vereinbaren würde wie sie jetzt beim Berliner Verlag gelten«, erläutert Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Keine Fortschritte gibt es bei der Tarifbindung für die ausgelagerten Bereiche Vertrieb/Marketing und die Hausverwaltung. Hier lehnt die Geschäftsführung Vereinbarungen weiter ab. Zudem werden Altersteilzeitlösungen, wie sie bei der Konzernmutter in Köln geregelt wurden, ausgeschlossen.

Vorsichtige Hoffnung gäbe es dagegen, dass alle Beschäftigten der künftig drei Gesellschaften Berliner Zeitung GmbH, Berliner Kurier GmbH und Berliner Lesermarkt GmbH (bisher Vertrieb/Marketing) weiter durch einen gemeinsamen Betriebsrat vertreten werden.

Die Interessenvertretung konnte – nach jahrelangen Verhandlungen –

eine Betriebsvereinbarung über den Einsatz von Praktikanten abschließen. Danach erhalten alle Praktikanten in Redaktionen und Verlag künftig monatlich 400 Euro Entlohnung

VERSCHMELZEN UND AUSLAGERN GEHT WEITER

sowie vergünstigte Kantinenversorgung. Außerdem ist geregelt, wer als Praktikant gilt – etwa niemand, der über ein abgeschlossenes Studium oder eine Berufsausbildung verfügt – und wozu Praktikanten herangezogen werden dürfen.

Die Zerstückelung des Verlages am Alex schreitet parallel weiter voran. Betroffen ist der Anzeigenservice mit Expedition, Disposition, Informations- und Reklamationsmanagement, wo

zwölf Beschäftigte in eine neue Gesellschaft DuMont Media Service ausgelagert werden. Sie waren erst vor einem Jahr vom Berliner Verlag abgespalten worden und zur »Berlin Medien« gewechselt. Die bisherige BV Deutsche Zeitungsholding soll mit dem Presse- und Medienhaus Berlin (PMB) verschmolzen werden. In diesem Zusammenhang wird es weitere Auslagerungen geben.

Der Übergang des Druckhauses Berlin in eine geplante DuMont-Druck-Holding verzögert sich dagegen offenbar auf unbestimmte Zeit. Die Druckerei ist bislang Bestandteil des Presse- und Medienhauses PMB, das zu 35 Prozent dem Kölner Heinen-Verlag gehört. Deshalb kann sie nicht, wie von DuMont Schauberg vorgesehen, einfach unter das Dach der neuen Druck-Holding einziehen.

NEH

Wir werden weiter nerven!

Wahlen und Standortbestimmung zur Landesbezirks-Fachbereichskonferenz

Manchmal werden Konferenzen mit all den Wahlen – und was man da so zu tun hat – als Pflichtübung empfunden. Doch das sind sie nicht. Sie sind der Ort, wo es darum geht, dass wir miteinander diskutieren und eine Standortbestimmung vornehmen«, so eröffnete Frank Werneke, stellv. ver.di-Vorsitzender, die 4. Ordentliche Landesbezirks-Fachbereichskonferenz am 8. November in Berlin. In diesem Jahr hat der Fachbereich 8 drei außergewöhnlich schwierige und von intensiven Arbeitskämpfen begleitete Tarifrunden überstanden. »Wir können mit Selbstbewusstsein, aber ohne jemals in Selbstgerechtigkeit zu verfallen, auf diese Arbeit zurückschauen«, sagte Werneke. »Die erzielten Tarifergebnisse sind die Leitwährung, um wieder Tarifbindung herzustellen, Tariffucht und Tarifaufgrenzung zu verhindern.«

Seiner Ansicht nach nimmt Berlin-Brandenburg dabei eine wichtige Rolle ein. Bei Streiks im Kino ist hier das Zentrum der Arbeitskampfaktivitäten. Der rbb ist innerhalb der Senderverbände ARD und ZDF eine der aktionsfähigen Rundfunkanstalten, das gleiche gilt für den Deutschlandfunk. Werneke betonte: »Ihr seid die einzige Region in Deutschland, in der



Der neue Landesbezirksvorstand – allerdings nicht komplett Fotos: Chr. v. Polentz/transifoto.de

die deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion die tonangebende Journalistengewerkschaft ist. Das ist eine besondere Situation und klar euer Verdienst.« Andreas Köhn, Fachbereichsleiter Medien, ergänzte: »Wir sind zudem bundesweit der einzige Landesfachbereich, der mit dem Sprachrohr eine eigene Zeitung hat. Besonders wichtig ist die Terminseite für unsere Aktionen.«

Laut Werneke gibt es viele Regionen mit Bühnen und Theatern, aber hier sei der einzige Landesfachbereich, in dem es gelungen ist, im künstlerischen Bereich organisationspolitisch und tarifpolitisch anzugreifen und Fuß zu fassen. Er hob die zahlreichen und öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der Musikschullehrkräfte hervor. Die Fachgruppe Bildende Kunst und der VS sind für ihn wichtige Akteure im kulturpolitischen

Handeln in dieser Stadt und im Land Brandenburg. Der Lohn dafür sei Mitgliederzuwachs.

Natürlich gibt es auch massive Probleme – im Druck- und Verlagsbereich, an einigen Stellen der papier-

KÄMPFERISCHER FACHBEREICH IST VORREITER

verarbeitenden Industrie mit Arbeitsplatzabbau, Insolvenz, Tariffucht und Ausgliederungsversuchen. Dort, wo Branchen schrumpfen, schrumpfen auch Mitgliederzahlen. Trotzdem entscheiden sich monatlich rund 500 Menschen bundesweit, Mitglied im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie zu werden. »Ihr steht in Berlin-Brandenburg dabei an der Spitze der positiven Mitgliederentwick-

lung«, so Werneke. Der Tag der Konferenz stand unter dem Eindruck des Streiks der GDL. Die Frage zur Tarifeinheit ist aktueller denn je, dazu wurde auch ein Antrag gestellt. Zu diesem Thema war Frank Werneke vom Vorstand gebeten worden, Stellung zu beziehen. ver.di initiiert gegen das Tarifeinheitsgesetz eine Unterschriftenkampagne unter der Überschrift: »Für Tarifeinheit, aber gegen das Gesetz zur Tarifeinheit«.

Er befürchtet allerdings, dass dieses Gesetz dank der nicht gerade klugen Strategie von GDL-Chef Claus Weselsky durchgezogen wird. Constanze Lindemann sieht, dass die GDL sich angreifbar gemacht hat. Sie forderte: »In unserem ureigenen Interesse ist es nötig, in die Offensive zu gehen.« ver.di wird unter Prüfung juristischer Möglichkeiten versuchen, das Gesetzgebungsverfahren zu beeinflussen.

Bei den Freihandelsabkommen – auch zu CETA, TTIP und TiSa äußerte sich Werneke – soll das Thema nachvollziehbar gemacht werden. Martina Hartung, die scheidende Fachbereichsvorsitzende, verlangte, dass ver.di sich positionieren solle. Der Antrag für eine Unterstützung der »Stoppt TTIP« -Kampagne wurde einstimmig angenommen.

Werneke meinte, es sei deutlich geworden, »dass wir eine Gewerkschaft sind, die zu allen wesentlichen politischen Themen Position bezieht«. Dazu gehören auch die Anträge, die Rente mit 67 zurückzunehmen und die mit 63 Jahren einzuführen, die Mütterrente zu überprüfen und die Wiederaufnahme der ursprünglichen Aktivitäten zum Thema Arbeitszeitverkürzung. Der Antrag, Jugendarbeit zum Schwerpunktthema zu machen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Dass der »kämpferische Fachbereich hie und da in Berlin-Brandenburg eine Vorreiterrolle übernimmt«, dafür bedankte sich Werneke ausdrücklich, auch für die »Nervigkeit« die damit manchmal verbunden ist. Renate Gensch versicherte: »Wir bleiben weiterhin kämpferisch und werden vielleicht auch weiter nerven«.

Recht zügig wurden die Kandidaten für den neuen Landesbezirksvorstand gewählt. Silke Leuckfeld ist die neue Fachbereichsvorsitzende. Um noch mehr Mitstreiter zu finden und die Gewerkschaftsarbeit für andere zu öffnen, wurde entschieden, dass die Mediengalerie in Zukunft das »Gesicht« des Fachbereichs werden soll. HEIDI SCHIRRMACHER

KURZ & KNAPP

Tarifgespräche fürs Ballett

Noch 2014 starten Sondierungsgespräche zu einem Tarifvertrag für das Staatsballett. Dieses besondere Ballett benötige – so ver.di Fachsekretärin Sabine Schöneburg – »andere tarifliche Regelungen als die bislang, allerdings nicht von unserer Gewerkschaft ausgehandelten Verträge NV Bühne/NV Tanz.« ver.di hat 92 Prozent der Tänzerinnen und Tänzer organisiert, so dass die Gewerkschaft in Haustarifverhandlungen mit Arbeitgeber und Bühnenverein eintreten kann.

Im Friedrichstadtpalast sind Tänzerinnen und Tänzer zu 100 Prozent in ver.di organisiert. Das Ensemble hat eine 11köpfige Tarifkommission gewählt und geht noch 2014 in Sondierungen für Anpassung und Modernisierung des Haustarifvertrages.



ver.di-Vize Frank Werneke lieferte jede Menge Diskussionsstoff



Michael Tuchs: »Hohes Gut verteidigen.«

Kollege Tuchs, Du bist auch Mitglied in der ver.di-Tarifkommission. Ihr steckt in den Vorbereitungen zu den nächsten Tarifverhandlungen. Eure Situation im traditionsreichen Theater des Westens ist eine besondere. Warum?

MICHAEL TUCHS: Als 2003 unsere bis dato senatseigene GmbH in die Hände der privaten Stage Entertainment übergang, existierte bei uns ein an den damaligen BAT angelehnter Haustarifvertrag. Den gibt es bis heute – für die alte, noch 46 Beschäftigte umfassende Betriebsgesellschaft. Die Stage führte ihn weiter. Der von uns damals befürchtete Kahlschlag beim Personal unterblieb. Alle Hinzu-kommenden allerdings werden bei der eigens gegründeten TDW Produktionsgesellschaft angestellt. Deren Beschäftigtenzahl schwankt je nach Umfang der Shows – Musicals

Nichts sollte nur knirsch laufen

Michael Tuchs, stellv. Betriebsratsvorsitzender im Theater des Westens

laufen bei sieben bis acht Vorstellungen pro Woche in der Regel ein Jahr, Darsteller und Musiker werden auf Produktionszeit verpflichtet. So haben wir zwischen 150 und 180 Beschäftigte im Haus. Längere Zeit ohne Tarifvertrag, gelang uns 2006 ein Abschluss für die Produktionsgesellschaft. Seitdem wird konzernweit verhandelt – allerdings werden die Verträge für die neun tarifierten Häuser der Stage Entertainment einzeln abgeschlossen. Wir haben aufgrund der unterschiedlichen Gesellschaften zwei Tarifwelten im Haus.

Wo sind die Unterschiede?

Im alten Tarifvertrag ist z.B. der Urlaub besser geregelt, zudem sind Beschäftigte über 40, die 15 Jahre und länger im Haus sind, nur noch außerordentlich kündbar. Das soll so bleiben. Allerdings gab es lange keine Entgeltanpassungen, da ja der BAT nur noch statisches Tarifrecht ist. 2013 konnte ver.di für die Betriebsgesellschaft eine an die Produktionsgesellschaft angelehnte Erhöhung aushandeln – jedoch anteilig, zur Hälfte.

Berührt Euch der generelle Trend zur Ausgliederung?

Diesem folgt auch die Stage, um Personalkosten zu sparen. Die »Vorderhäuser« mit Garderobieren und



Wilheminischer Historismus von 1895/96: Theater des Westens Fotos: Stage Entertainment

Einlassservice wurden in allen Stage-Theatern ausgegliedert, zumeist auch die Dresser, also die Ankleiderinnen und Ankleider. Wir haben noch Dresser, da einige schon lange da sind und zur alten Betriebsgesellschaft gehören. Trend ist auch, dass Orchester aufgrund elektronischer Hilfsmittel immer kleiner werden. Zudem versucht die Stage, Arbeitszeit für die Produktion knapp zu kalkulieren. Das heißt, Kräfte nur für 30 oder 35 statt 40 Stunden während der Produktion zu binden – für die gleiche Arbeit.

Damit wachsen die Belastungen, alles droht nur »knirsch« zu laufen. Der perfekten Qualität der Shows allerdings fühlt sich unser Haus verpflichtet und leistet sie auch. All das bewegt die Kolleginnen und Kollegen sehr. Ausgliederung zu verbieten und betriebsbedingte Kündigungen während der Produktion auszuschließen, ist für sie ein hohes Gut. Das zeigt unsere aktuelle Umfrage. Wir gehen mit ihrem Rückhalt in die Tarifgespräche.

INTERVIEW: BETTINA ERDMANN

Es lag nicht daran, dass die Diskussion in der Reihe »Münzenberg-Lektionen« stattfand und der Einstieg mit dem »linken Medienmolekül« Willi Münzenberg begann. Er ist als Herausgeber der Arbeiter-Illustrierten Zeitung (AIZ) in den 1920ern und 1930ern legendär für alle, die der Hegemonie der bürgerlichen Medien etwas Nennenswertes entgegensetzen wollen. Wie das heutzutage gelingen kann, war zum 21. November Thema am Sitz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, die die Veranstaltung zusammen mit der Linken Medienakademie und dem Münzenbergforum organisiert hatte. Nicht zur Sprache kam, dass, wenn die AIZ zu ihrem zehnjährigen Jubiläum 1931 eine Sonderausgabe von 500 000 Exemplaren hatte, sicherlich ein Teil ihrer Leserschaft später von Sympathien für einen »internationalistischen« Sozialismus ließ und sich dem »nationalen« anschloss. Mit dem

Kampf um Online-Hegemonie

Podiumsdiskussion in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Journalisten Malte Daniljuk erwähnte denn auch einer der drei Diskutierenden auf dem Podium, die AIZ habe zu ihren Hochzeiten nicht mehr viele sozialistische Inhalte gehabt. Worin besteht also die Gegenöffentlichkeit, um deren Geschichte und Gegenwart es ging?

Diese Frage stellte sich 80 Jahre später bei Indymedia, dem ersten großen Medium der Gegenöffentlichkeit des Internetzeitalters. Anne Roth ist seit 2007 prominente Bloggerin und war ab 2001 am Aufbau des deutschen Ablegers beteiligt. Sie berichtete vom Konflikt der deutschen Truppe mit Indymedia-Kollektiven in den USA: Sollen rassistische und Nazi-Artikel aussortiert werden in diesem Medium, das sich den freien Zugang aller auf die Fahnen geschrieben hatte?

Der offene Ansatz in den USA sei dann an der Flut solcher kritikwürdiger Artikel gescheitert, berichtete Roth. Zuvor hatte der Soziologe Gottfried Oy über die Gegenöffentlichkeit in der BRD von den 1960ern bis in die 1980er referiert. Daniljuk wies darauf hin, dass es zu der von den Medien produzierten Öffentlichkeit schon immer die Veranstaltungs- und die Mund-zu-Mund-Öffentlichkeit gegeben hat und unterschied zwischen Gegen- und Teilöffentlichkeit. Letztere teilen Menschen mit gemeinsamen Interessen. Was also macht dieses »Gegen« aus? Diese Frage wurde aus dem zwar mit knapp 20 Menschen spärlichen, aber mitdiskutierenden Publikum aufgeworfen: Wer und was ist links, wer zählt zur Gegenöffentlichkeit? Roths überraschende Reak-

tion: »Ich frage mich gerade, inwieweit mein ganzes Tun der letzten Jahre Gegenöffentlichkeit war.«

Erst gegen Ende kam die Sprache wieder auf die spannende Frage, wie Gegenöffentlichkeit in der Ära des Internets, dieser größten Online-Mund-zu-Mund-Öffentlichkeit aller Zeiten, aussehen kann. Daniljuk sorgte für einen der wenigen Ausblicke, nachdem er der Publikums-wortmeldung insoweit zugestimmt hatte, dass wieder eine Zerfaserung, Verinselung dessen festzustellen sei, was sich Gegenöffentlichkeit nennen kann. Folglich müsse ein hegemoniales Online-Gegenöffentlichkeitsprojekt so etwas wie Google News sein, das in nichts anderem bestehe als in einer Zusammenführung von Meldungen und Artikeln verschiedenster Medien. Was die Finanzierung angeht, wusste niemand einen anderen Rat, als dass sie wohl auf Spenden basieren müsse. **RALF HUTTER**



Manto Die Seherin steht einsam auf der Bühne. Dieses mit der Gabe der Prophezeiung begabte Geschöpf sucht nach Wegen der Erkenntnis. Sie schreitet vorsichtig die Ebene ab, bei ihren zögernden Gängen verirrt sie sich, findet zurück, wartet, entdeckt etwas. Dem Zuschauer entzieht es sich, eröffnet ihm jedoch die Möglichkeit zu eigener Auslegung. Kein Wort fällt, auch der Manto begleitende Gesang eines Countertenors ertönt als ihre innere Stimme ohne Worte. Manto ist eine Figur der griechischen Mythologie, auch in Goethes *Faust II* tritt sie auf und geleitet Faust in die Unterwelt. Die fast menschengroße Puppe wird einfühlsam von der Puppenspielerin Uta Gebert geführt. Es singt Harald Maiers.

Foto: Ginamarco Bresadola



ver-SCHLIMM-bessern Der Künstler bleibt einsam. Das Licht wurde ausgeschaltet, seine Ausstellung ist von höherer Instanz abgesagt. Nun wirft der Mann alle Kraft auf sein Buch, das er schreiben will: »Mutter«. Die Spieler zeigen seine Zerrissenheit, den Kampf mit dem zu bewältigenden Stoff. Denn die Aktion ist inspiriert von Leben und Werk des Einar Schlee, der großen Außen-seitergestalt des deutschen Theaters, der einsam einen frühen Tod starb. Seine Person ist im Stück die Blaupause künstlerischer Kreativität. Die drei jungen Ausführenden nutzen Gebärde, Musik und Sprache, bauen auch das »Kaspertheater« ein. Sie blättern eine Fülle von Ideen auf – beim hitzigen Wortvortrag sind manche leider nur schwer erfassbar.

Foto: Roscha A. Säidow

Das Festival der anderen Art

SCHAUBUDE BERLIN: Solitär der Theaterszene mit niedrigem Etat

Manto« und »ver-SCHLIMM-bessern«, Werke der Numen Company und der Retrofuturisten, waren zwei von 15 Stücken, das die SCHAUBUDE BERLIN zu ihrem Festival Showcase eingeladen hatte. An acht Tagen Ende Oktober/Anfang November war beim Auftritt von aus-

GROSSE FÜLLE IN DER BERLINER SZENE

schließlich Berliner Künstlern an jedem Abend ein anderes Profil sichtbar, der gebotene Ausschnitt gab den Blick frei auf Produktivität und Fülle der hauptstädtischen Szene des Puppen-, Figuren- und Objekttheaters. Es waren elf Produktionen für Erwachsene und vier für Kinder zu erleben, Inszenierungen, die im Vergleich zur internationalen Puppenspielszene bedeutsam sind. Zugleich spiegelte ein Abend mit »Die Eule« und »Ein Exorzismus« die Ausbildungsarbeit der Schauspielschule »Ernst Busch« wider. Leider fiel eine der 15 geplanten Vorstellungen aus, weil die Spielerin plötzlich ins Kran-

kenhaus musste – man sieht, wie stark eine Inszenierung oft von einer Person getragen wird.

»Die Berliner Szene ist unglaublich vielfältig«, urteilt im Gespräch Silvia Brendenal, die künstlerische Leiterin der SCHAUBUDE. Sie will Showcase als Reverenz an die Theatergruppen mit ihrer Fülle an Ideen und Formen verstanden wissen. Allerdings sei das Puppenspiel auch mit den meisten Klischees behaftet, muss sie feststellen. An den Festival-Abenden trafen die Akteure auf ein mitgehendes Publikum. Es waren erfreulich viele junge Leute gekommen. »Wir brauchen den interessierten Zuschauer. Und diese jungen Menschen wünschen Impulse«, urteilt die Theaterchefin, »die liefert dieses Theater der Puppen, Figuren und Objekte.«

Das an der Greifswalder Straße angesiedelte Puppentheater war einst die erste Bühne, die nach der Wende abgewickelt wurde. Zum Glück konnte das Haus 1993 unter der Ägide des Senats neu belebt werden, nun als SCHAUBUDE Berlin; als Spielstätte für freie Theatergruppen, ein Solitär der Berliner Theaterszene – freilich mit sehr niedrigem Etat. Ein

solches Theater zu leiten ist harte Alltagsarbeit, geleistet wird sie unter der Leitung von Silvia Brendenal von einem fünfköpfigen Team. Und das präsentierte für November gleich zwei Premieren. Einer, der Theaterabend mit Titel »Bumelux – Zu alt, um jung zu sterben«, gibt einen poetischen Blick auf das Dasein eines 70-jährigen freischaffenden Künstlers wider. »Wie einer, der Abschied nimmt, gibt er fantastische Dinge aus seiner Welt zu Protokoll« kündigt die SCHAUBUDE an.

Abschied nehmen ist ein Gedanke, der Silvia Brendenal auch nicht fremd ist. Selbst wenn es ihr Charme

FANTASTISCHE DINGE ZU PROTOKOLL

vergessen macht, sie ist ins Rentenalter getreten, und diese ist ihre letzte Spielzeit. Sie kann auf erfolgreiche Arbeitsjahre zurückblicken, ein Nachfolger ist gefunden. Aber – noch ist Zeit bis zum Sommer nächsten Jahres – »the show must go on«.

ANNEMARIE GÖRNE

KURZ & KNAPP

Filmförderung nicht kürzen

ver.di hat den Bundestag aufgefordert, Gelder für deutsche Filmproduktionen nicht zu kürzen, da dies jeder kulturellen, aber auch wirtschaftlichen Vernunft widerspreche. Mittel für den Deutschen Förderfonds für Film- und Fernsehen (DFFF) sollen um zehn auf 50 Mio. Euro gekürzt und in dieser Höhe eingefroren werden. Ursprünglich war eine Aufstockung auf 70 Mio. versprochen. »Mit 10 Millionen Euro Förderung können drei bis fünf Kinofilme in internationaler Koproduktion entstehen«, so Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender. Die Kürzung sei auch deshalb unverständlich, weil jeder Euro aus dem Fördertopf knapp verdoppelt in den Staatshaushalt zurück fließe. Denn beim Dreh an Produktionsstandorten fallen Umsätze mit daraus resultierenden Steuern an. Nun gebe es ein »fatales Signal« für die Filmwirtschaft und Produktionsstätten in Babelsberg, München, Köln und Hamburg. Gerade Koproduktionen mit Hollywood-Firmen hängen von dieser Förderung ab, ohne die Filme wie »Grand Budapest Hotel«, »Monuments Men« oder Art-house-Filme nicht entstanden wären.

Der Karren mit den Zeitungen hält die Spur. Ausgesprochen praktisch für den Zusteller Frank Weber (Name geändert), denn so rollt das Gefährt nach einem Schubs zum nächsten Eingang, während er in einem der noblen Wohnhäuser verschwindet und in Blitzesschnelle vier Zeitungen vor den verschiedenen Eingangstüren ablegt. Ein milder Novembormorgen in Berlin-Westend. Frank Weber – sportlich, grauhaarig, Musik vom MP3-Player im Ohr – spurtet durch »sein« Revier. Hier im gutbürgerlichen Teil rund um die Reichsstraße gehört die Morgenzeitung noch zur kulturellen Grundversorgung der Bewohner wie das Opernabo und die gut bestückten Bücherregale. Gut für Frank Weber, denn er stellt mehr als 300 Zeitungen zu, und das in einem verhältnismäßig kleinen Areal. »Sechs Kilometer lege ich zurück; die kann ich in zweieinhalb Stunden schaffen«, sagt der Zusteller.

Heute braucht er länger. Es ist sein erster Arbeitstag nach dem Urlaub. Die Routine stellt sich nicht umgehend ein, zumal es ohnehin jeden Morgen zu beachten gilt, wer ein Abo gekündigt, neu bestellt oder während eines Urlaubs auf Eis gelegt hat. »In Schweden bekommen Zusteller per App vor ihrer Tour den gesamten Ablauf aufs Smartphone und können so schneller und fehlerfrei die Zeitungen verteilen.« In Berlin ist die Zeitungszustellung hingegen noch recht rustikal organisiert. Dicke Kladden gibt es für jeden Beschäftigten, handschriftlich sind die Abonnenten dort aufgeführt. Jede Änderung muss vermerkt werden. Ein gutes Gedächtnis erleichtert die Arbeit ungemein.

Frank Weber flucht leise, hätte er doch beinahe einen Kunden vergessen. Nun schnappt er sich ein Tagesspiegel-Exemplar und sprintet ein paar Meter zurück. Das grüne Wägelchen ist noch halb gefüllt, vor al-

Zustellung im Umbruch

Auf Tour: Weniger Zeitungen – mehr Kataloge

Auf Druck der Vertriebslobby will die Große Koalition das Mindestlohngesetz noch mal ändern. Ausnahmeregelungen bis 2017 sollen dann doch für alle Zusteller gelten. Nicht nur für die, die ausschließlich Zeitungen austragen, sondern genauso für die, die auch Werbung und Briefe zustellen. Für ver.di ein »Skandal besonderer Güte«. Sprachrohr ging mit einem Zusteller auf Tour.

lem mit Tagesspiegel und Morgenpost. Aber es gibt in diesem Viertel auch Abonnenten der Berliner Zeitung, der FAZ, der Süddeutschen und der taz. »Wir stellen auch Bild und BZ zu.« Nur bei rechten Postillen hört der Service auf. Solche Aufträge werden im gesamten Zuständigkeitsbereich der Berliner Zustell- und Vertriebsgesellschaft nicht ausgeführt.

Die Zusteller räumen die Karren vor Aufnahme ihrer Tour nach ihrem eigenen System ein. »Das muss »blind« funktionieren.« Genauso blind findet der Zusteller die passenden Haustürschlüssel, die an einem großen Ring in der Reihenfolge seines Tourenverlaufs hängen. Allerdings bevorzugt er Abonnenten, die einen Briefkasten am Gartentor hängen haben. »Hintereinander mehrere Kunden, die ihre Zeitung vor der Wohnungstür im 4. Stock abgelegt haben wollen – das geht ordentlich auf die Knie.«

Es ist schon nach 6 Uhr, als Frank Weber das Depot erreicht. Hinter einer Tankstelle an der Reichsstraße haben die Zusteller aus dem Westend eine komfortable Anlaufstelle: Ein beheizter Raum mit großem Tisch in der Mitte dient als Sortierstelle. An den Wänden gibt es genügend Fächer und Regale, in denen die Zusteller ihre Tourenpläne verstauen können. Immer mehr Platz benötigen sie für Kataloge und Werbepost.

»Wer eine bestimmte Stundenzahl arbeitet, muss in dieser Zeit deutlich

mehr leisten«, sagt Frank Weber, der seit einem halben Jahr auch stellvertretender Betriebsratsvorsitzender in der für Wilmersdorf und Charlottenburg zuständigen Agentur ist. So weiß er, dass die Einführung des Mindestlohns unter den Zustellern durchaus kontrovers diskutiert wird, zumal in dieser Branche während einer Übergangsphase bis 2017 ein Stundensatz unterhalb von 8,50 Euro gezahlt werden soll. Er selbst verdient mehr als 8,50 Euro Stundenlohn – dank seiner Routine und der guten Tour fährt er mit einem Entgelt von 6 Cent pro Zeitung plus Nachtzuschlag besser als mit dem Mindestlohn. »Aber es gibt auch Touren mit

EIN HARTES BROT, EIN STRESSIGER JOB

gerade mal 100 Abonnenten und dabei viel längeren Wegen, als ich sie zurückzulegen habe.« Dort würde der Mindestlohn eine Verbesserung für die Zusteller bedeuten.

Fest steht, dass die gesamte Branche im Umbruch ist. Weniger Tageszeitungsabos müssen kompensiert werden; die Agenturen schicken ihre Beschäftigten schon jetzt mit Mengen an Kundenzeitschriften, Katalogen und Werbepost los, damit sich das Geschäft rentiert. Ein Kollege von Frank Weber, der anonym bleiben möchte, fürchtet Verschlech-



Schlüssel nach Tourenverlauf am Ring
Fotos: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

terungen durch den reduzierten Mindestlohn: »Ich erwarte, dass er uns eher schadet, bis er auf 8,50 Euro erhöht wird.« Und die Katalog- und Werbefriefzustellung mache die Arbeit immer stressiger. Denn diese Sendungen gingen an andere Kunden als die Zeitungsabos.

Es geht schon auf 7 Uhr, als Frank Weber die Bushaltestelle erreicht. Zuhause wird er sich erstmal hinlegen, später hat er einen Kunden, den er bei einem Softwareproblem berät. Das Zustellgeschäft ist zwar ein hartes Brot, aber kein existenzsicherndes. Während Frank Weber als freiberuflicher Computerexperte tätig ist, stocken andere mit dem Job Hartz IV oder ihre Rente auf. Und sicher weiß niemand, wie lange es diese Art von Tätigkeit überhaupt noch geben wird. Einmal, so erzählt Frank Weber, traf einer seiner Kollegen morgens in einem Treppenhaus einen Hausbewohner, der ganz erstaunt fragte, was er denn mache. Auf die Antwort hin, dass er Zeitungen zustelle, reagierte der andere perplex: dass das noch Menschen machten! Als ob es nur eine Frage der Zeit wäre, bis Zeitungen, Briefe und Päckchen per Minidrohne ins Haus geliefert werden.

GUDRUN GIESE



Ordnen nach eigenem System



Sechs Kilometer in zweieinhalb Stunden



Briefkästen im Hausflur ersparen Treppensteigen

GEHEIM, INTERESSENGELEITET UND UNSOZIAL

Von den Freihandelsabkommen CETA und TTIP würden ausschließlich Konzerne profitieren



Bedingungen für einen »freien Handel« wurden früher auf dem Marktplatz abgemacht, womöglich per Handschlag. Heute gibt es Geheimverhandlungen unter Kürzeln wie TTIP oder CETA, die vermeintlich im Interesse des globalen Freihandels geführt werden. Von

klar, dass es bei den Transatlantischen Top-Secret-Gesprächen um Konzerninteressen geht. Handelspolitische Motive liefern allenfalls den Vorwand. Chlorhähnchen bilden fast noch die geringste Gefahr...

Verhandelt wird bei TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) offensichtlich nichts anderes als ein Freibrief für globale Konzerne und »Investoren«, unbehelligt von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen Geschäfte machen zu dürfen. Der EU-Rat erhofft sich nach noch immer nicht überwundener Finanzkrise wohl Exportzuwächse und Investitionsspritzen. Dafür ist man bereit, fast alles, was bislang unter Grundsätzen des ehrbaren Kaufmanns gefasst war, über Bord zu werfen: Zwischen dem »alten Europa« und der »neuen Welt« sollen künftig weder Parlamentsentscheidungen noch Rücksichten auf Umwelt- oder Verbraucherstandards stören. Mehr

noch: Wo politisch motivierte Hindernisse – wie Atomausstieg, Werbeverbote oder staatliche Subventionen – den kapitalen Fischzügen entgegenstehen, sollen zweifelhafte Schiedsgerichte sie aushebeln können. Im schlimmsten Fall bluten die Steuerzahler für Millionen-Entschädigungen, weil ausländische Investoren gegen Staaten klagen können. Ähnlich, wie es bei Vattenfall gegen Deutschland wegen des Atomausstiegs droht. Amazon beispielsweise könnte dann wegen entgangener Gewinne durch die Buchpreisbindung klagen. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, das steuerfinanzierte Stadttheater, Vergütungen aus Urheberrechtsverträgen, alles stünde mit TTIP zur Disposition...

Versprochen werden von Befürwortern Millionen neue Jobs, gesteigertes Wirtschaftswachstum und – aus dem Zylinder gezaubert – bis zu 545 Euro mehr Einkommen für einen Vier-Perso-

»BISHERIGE EU-VEREINBARUNGEN ZUM SCHUTZ ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN DÜRFEN NICHT DURCH DIE HINTERTÜR BEDROHT WERDEN. DESHALB IST ALLES ANDERE ALS EIN KLARES NEIN ZU CETA BEIM DERZEITIGEN STAND NICHT AKZEPTABEL.«

FRANK BSIRSKE, VER.DI-VORSITZENDER

ihnen betroffen sind Abermillionen. Mitreden darf so gut wie niemand. Vorteile, die das Verbrauchern bringen sollte, sind kaum erkennbar. Es wird vielmehr

»ES HANDELT SICH UM KEINEN VERTRAG, DEN DIE USA ZULASTEN EUROPAS DURCHDRÜCKEN WOLLEN. ES HANDELT SICH UM EINEN VERTRAG, DEN DAS INTERNATIONALE KAPITAL ZULASTEN DER NATIONALEN DEMOKRATIEN ABSCHLIESSEN WILL.«

JENS JESSEN IN »DIE ZEIT«

TTIP – UNFAIRHANDELBAR

Im Umfeld des internationalen Aktionstages der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA am 11. Oktober 2014 wurde bekräftigt:

Stopp TTIP und CETA!

Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren. Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

(Trotz Ablehnung der Initiative durch die EU-Kommission haben inzwischen haben fast eine Million Menschen den Aufruf unterschrieben: www.ttip-unfairhandelbar.de)

Fotos: Chr. v. Polentz/transifoto.de





Fotos: www.attac.de

»TTIP EBNET KEINEN WEG, UM WIRTSCHAFTS-, ENERGIE- UND UMWELTKRISEN ZU LÖSEN, SONDERN BRINGT UNS EINER UNSOLIDARISCHEN WELT UND EINER ‚MARKTKONFORMEN DEMOKRATIE‘ NÄHER.«

ATTAC DEUTSCHLAND

nen-Haushalt. Seriöse Studien entlarven das als Bluff. Real zu erwartende Erträge berechnen sie als geradezu winzig. Stattdessen könnten die »Handelserleichterungen« für Otto Normalbürger auf vielen Gebieten wirklich teuer werden: Öffentliche Dienstleistungen und selbst Leistungen der Daseinsvorsorge scheinen aus dem Verhandlungsportfolio nicht komplett ausgeschlossen. Ob etwa die Wasserversorgung, das öffentliche Gesundheitswesen und der Bildungssektor – laut EU-Angebot ursprünglich nicht verhandelbar – tatsäch-

lich außen vor bleiben, weiß niemand gewiss. Das zwischen der EU und Kanada bereits im Frühjahr vereinbarte Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), das von vielen als Muster für TTIP gesehen wird, ist bis heute nicht veröffentlicht. Angeblich wegen Übersetzungsproblemen. Ob also die öffentliche Netzwirtschaft, Finanzinstitute in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, der öffentliche Personenverkehr oder die Abfallwirtschaft, Krankenhäuser und Rettungsdienste oder die Kultur- und Kreativwirt-

»WIR MÖCHTEN BEIDE EINEN ERFOLGREICHEN ABSCHLUSS DIESER ABKOMMEN UND VERFOLGEN DAS ZIEL, MODERNE UND AMBITIONIERTE FREIHANDLSABKOMMEN ABZUSCHLIESSEN.«

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER SIGMAR GABRIEL IM NOVEMBER NACH EINEM TREFFEN MIT DER NEUEN EU-HANDELSKOMMISSARIN CECILIA MALMSTRÖM

schaft – alles Bereiche, die von ver.di vertreten werden – weitere Liberalisierungen fürchten müssen, ist offen.

Nicht zuletzt wegen der fehlenden Transparenz regt sich Widerstand gegen TTIP und die parallel verhandelte Vereinbarung zur Liberalisierung von Dienstleistungen (TiSa). Neben der Gefahr einer Absenkung von ökologischen und Verbraucherschutzstandards machen vor allem Gewerkschaften auf soziale Auswirkungen aufmerksam. ver.di fordert etwa die vollständige Ratifizierung der Sozialstandards und Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in der EU wie in den USA. Auch Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechte müssten auf dem jeweils höchsten Niveau gesichert sein. Solange das nicht gewährleistet werde – so die Delegierten des DGB-Bundeskongresses bereits im Mai einstimmig – müssten die Verhandlungen mit den USA ausgesetzt werden: »Kein Abkommen zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern oder der Umwelt«, forderten sie. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat jetzt zumindest die Installation von Schiedsgerichten abgelehnt. Wer A sagt, müsste auch B sagen. Und das hieße: CETA in den Papierkorb! **NEH**

»WIR SOLLTEN ALLES DARAN SETZEN, ALS EUROPÄER NICHT ABGEHÄNGT ZU WERDEN... WIR SOLLTEN ZÜGIG UND ENTSCHIEDEN VERHANDELN UND NOCH EINMAL BEKRÄFTIGEN, DASS WIR DIESES TTIP WOLLEN.«

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL



»WIR STÖREN UNS AN DER UNDEMOKRATISCHEN UND INTRANSPARENTEN ART, IN DER DIE VERHANDLUNGEN LAUFEN. DEN BUNDESTAGS- UND EUROPA-ABGEORDNETEN WURDEN NUR WENIGE UND BRUCHSTÜCKHAFTHE DOKUMENTE ZUGÄNGLICH GEMACHT. NGOs WERDEN BEI DEN VERHANDLUNGEN KAUM GEHÖRT, WIRTSCHAFTSLOBBYISTEN HINGEGEN SCHON. DAS IST FAST EIN POLITIK-OUTSOURCING. DIESE HINTERZIMMER-KUNGELEI WIRD DEM THEMA NICHT GERECHT.«

BEATE MÜLLER-GEMMEKE, BUNDESTAGSABGEORDNETE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Kinder, die wir waren

Humorvoll und kontrastreich: Anthologie von VS Brandenburg und Berlin vorgestellt



noch im Zug nach Cottbus saß. Auf den Schlusspunkt des Textes genau stand sie dann aber auf der Lesebühne für ein Interview bereit. Aus diesen Gesprächen zwischen Lesung und Musik erfuhr das Publikum einiges über Autorin oder Autor selbst, über Fiktion und Wirklichkeit in den Texten und über Schwierigkeiten wie Möglichkeiten des Berufes Autor. Thomas Bruhn aus Cottbus geht im Kapitel Verschwundensachen mit seinem Text auf die Suche nach eben solchen und hatte stellvertretend für Dinge, die mit der Zeit verschwinden, aber eng mit dem Leben der Menschen verbunden sind, seinen alten Küchentisch mitgebracht. An diesem Abend diente er als Leseputz.

Auch Sprachen und Dialekte fallen mit der Zeit unter derlei Verschwundensachen, deshalb war es schön zu hören, dass »Die Hühnerprinzessin« des Autors Matthias Körner in angestammter Lausitzer Mundart zu Wort kam. Beispiel für Bleibendes brachten auch die drei jungen Musiker des Konservatoriums Cottbus, die den Abend mit Klarinette, Akkordeon

und Geige unter anderem durch Klezmer-Musik bereicherten.

Dinge verschwinden und manchmal müssen sie das, um Wege zu öffnen. Und so war diese Buchpremiere nicht nur Premiere einzig für ein Buch. Premiere ist auch, dass »Kinder, die wir waren« Autorinnen und Autoren des Verbandes Deutscher Schriftsteller aus Brandenburg und Berlin in einer Anthologie vereint. Nicht zuletzt war das mit ein Grund, dass der Verlag für Berlin-Brandenburg vbb das Buch in sein Programm aufnahm, so der

BESCHENKT AUF VIELERLEI ART

Verleger André Förster, der mit dem Gründervater des Verlages Wolfgang Hempel ebenfalls aus Berlin angereist war. Die Landschaften in »Kinder, die wir waren« sind reichhaltig, humorvoll, kontrastreich und vieles mehr, das klang an diesem Abend in Cottbus an. Bleibt zum Schluss allen zu danken, die dieses Buch möglich machten und denen, die aus der Premiere eine Geburtsfeier für eine Anthologie machten, von der jeder auf eine andere Art beschenkt nach Hause ging.

INES GERSTMANN

verlag für berlin-brandenburg, 14,99 Euro,
ISBN: 978-3-945256-22-0

Kinder, die wir waren« ist der Titel der dritten Anthologie des VS Brandenburg und war, wie Till Sailer bei der Buchpremiere am 21. Oktober sagte, eines der schwersten Kapitel dieses Buches. Neben Ingeborg Arlt als Mitherausgeber mit der Ent- stehung des Buches bestens vertraut,

VERSCHWUNDENE SACHEN UND BLEIBENDES

moderierte Till Sailer den Abend in der Stadt und Regionalbibliothek Cottbus – und dass Improvisation auflockert, erfuhren die Gäste durch die Bahn. So las der Moderator gleich zu Beginn den Text der Berliner Autorin Katharina Körting, da diese

LESEMARATHON 2015



Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

Der traditionelle Lesemarathon des Berliner VS steht 2015 unter dem großen Thema »25 Jahre Wiedervereinigung – deutsch-deutsche Geschichte«. Alle VS-Mitglieder, die mit Manuskripten und Veröffentlichungen dazu beitragen können, sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen. Wie immer wird der Lesemarathon an ausgewählten Berliner Orten stattfinden. Wo und wann genau, wird noch bekannt gegeben. Interessierte Kolleginnen und Kollegen, die aus ihren Werken lesen wollen, melden sich bitte bis zum 31. Januar 2015 in der VS-Geschäftsstelle, E-Mail: fb08.bb@verdi.de oder Tel. 030/88 66 54 02. Der VS-Vorstand bittet noch einmal alle Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht im VS-Mailverteiler sind, umgehend ihre E-Mail Adressen mitzuteilen an christine.obst@verdi.de.

LESENSWERT

Neuerscheinungen

Özdemir Basargan »Der Schoß ist fruchtbar noch«, Fachbuch, Edition an der Spree, ISBN: 978-3-924880-08-8

Özdemir Basargan »Die Reichsbürger an der Spree- eine getrükte Mannschaftsaufstellung von Kümmeldeutschen«, PingPong-Biografie, Fachbuch, Edition an der Spree, ISBN: 978-3-924880-09-5

Gerd Bedszent »Zusammenbruch der Peripherie«, Gescheiterte Staaten als Tummelplatz von Drogenbaronen, Warlords und Weltordnungskriegern, ISBN 978-3-89502-380-4

Horst Bosetzky (-ky) »-ky's Berliner Jugend« – Erinnerungen in Wort und Bild, Vergangenheitsverlag, ISBN 9783864081736

Wolf D. Hartmann »Geschockt«, Eine Wendestory mit Nähkästchen-Plaudereien, Regia-Verlag, ISBN: 978-3869292830

Felix Huby »Heimatjahre« – Ein autobiografischer Dorf- und Entwicklungsroman Verlag Klöpfer & Meyer, ISBN 978-3-86351-083-1

Leonhard Kossuth »Im Anfang war: Granin auf Reisen – Wohin?« Essays und Gespräche. NORA Verlag, ISBN: 978-3-86557-335-3

Katrin Lange »Teufelshaar und Nesselhemd. Drei Stücke nach Grimms Märchen«, trafo Verlag, 2014, ISBN 978-3-86456-045-1

Silke Riemann/Ben Verbong »JOHANNA. DE VROUW DIE VINCENT VAN GOGH BEROEMD MAAKTE«, Balans Uitgeverij, Niederländisch (übersetzt von Janneke Panders) ISBN-10:9460036961, ISBN-13: 978-9460036965

Armin Strohmeier »Abenteuer reisender Frauen«. 15 Porträts. Malik/National Geographic, Klappenbroschur, Piper Verlag, ISBN 978-3-492-27431-9

Michael André Werner »Kopf hoch, sprach der Henker«, List Verlag 2014, ISBN 978-3-548-61255-3

Wir haben es uns gemerkt

Weit mehr als Dienst nach Vorschrift: Lutz Fußangel, Musikschullehrer und Vorsitzender der ver.di Fachgruppe Musik im Landesbezirk Berlin-Brandenburg, zur aktuellen Situation an den Musikschulen

Kollege Fußangel, Eure erste Protestdemonstration im neuen Schuljahr vor der Senatsverwaltung für Bildung stand unter dem Motto »Wir haben es uns gemerkt«. Freie Musikschullehrkräfte beklagen nach den vom Berliner Senat aufgezwungenen neuen Honorarverträgen, dass sich diese und die dazu gehörenden Ausführungsvorschriften katastrophal auf ihre Lage auswirken. Wie katastrophal?

LUTZ FUSSANGEL: Zunächst mussten die Kolleginnen und Kollegen die neuen Verträge zähneknirschend unterschreiben, sonst wären sie nicht weiterbeschäftigt worden. Nun bringt das Umstellen der Verträge und der Zahlungsmodalitäten einen Wust von – unnötigem – bürokratischem Aufwand mit sich und verschlechtert die Situation unserer überwiegend freien Honorarkräfte. Verwaltungen der Musikschulen sind knapp besetzt, mit dem Einpflegen der Verträge in ein noch nicht funktionierendes Computersystem und deren Abrechnung zeitlich schlichtweg überfordert. Unsere Kollegen müssen jetzt jede Stunde einzeln auflisten. Das stiehlt Zeit, die besser in den Unterricht fließen sollte. Zudem bringt der neue Abrechnungsmodus einen durchschnittlichen Einkommensverlust etwa von drei Prozent mit sich. Zuvor konnten sich die freien Lehrkräfte auf eine monatliche Pauschale verlassen, eine Stunde pro Woche wurde auf jeden Fall bezahlt, Feiertage berücksichtigt, ganz gleich, was kam. Jetzt unterliegen die Zahlungen Schwankungen, verschlechtern auch die Kreditwürdigkeit unserer Kollegen. Versuch mal, eine Wohnung zu mieten, wenn auf dem Konto keine regelmäßigen Zahlungseingänge nachzuweisen sind. Und nach wie vor fehlt Mutterschutz für unsere Kolleginnen – ein Armutszeugnis für einen Sozialstaat.

Versprochen war anderes. In einem Elternbrief lobte der Senat die Vorteile der neuen Regelungen und ihr reibungsloses Funktionieren.

Damit haben wir uns im Rollenspiel vor der Senatsverwaltung auseinandergesetzt. Schriftlich hatten wir das bereits in einem offenen Brief



Vor der Senats-Bildungsverwaltung: Rollenspiel, Protest und Unterschriften

der Fachgruppe im zurückliegenden Schuljahr getan. Der Senat versprach eine unproblematische Umstellung. Doch das begonnene Schuljahr offenbart glasklar: Die Praxis an den Musikschulen spricht gegen die bürokratischen Ausführungsvorschriften und den veränderten Zahlungsmodus. Das zeigt auch die Tatsache,

BÜROKRATIE KOSTET KRAFT UND ZEIT

dass aufgrund fehlender Software und unbesetzter Büros Verträge liegen blieben. Deshalb setzte an einigen Musikschulen der Unterricht erst Wochen später ein, Kurse konnten nicht rechtzeitig bewilligt werden. Ich glaube nicht, dass Eltern und Kinder das toll finden. Einige unserer Kolleginnen und Kollegen waren sogar gezwungen, sich anderweitige Verdienstmöglichkeiten zu suchen.

Was ist noch beeinträchtigt?

Auf jeden Fall der fachkundliche Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen. Hier fordert der Senat Kooperation mit den Musikschulen, hat aber keine dazu passenden Strukturen integriert. Stellen wurden nicht geschaffen. Und freie Honorarkräfte in den festen Stundenplan einer Schule einzubinden, ist statusrechtlich problematisch. Auch die musikalische Früherziehung, die große Kraft für Vor- und Nachbereitung,



Lutz Fußangel Fotos: Chr. v. Polentz/transifoto.de

für Unterricht und Gestaltung erfordert, ist so gefährdet. Leidtragende sind letztlich die Kinder.

Du selbst bist an der Musikschule Tempelhof-Schöneberg einer der wenigen festangestellten Lehrer. Du unterrichtest Saxophon, leitest die Fachgruppe Jazz, Rock, Pop und Schlagzeug, kümmerst Dich um Ensemblearbeit und Veranstaltungen. Betreffen Dich die Veränderungen?

Auch mir stiehlt die Bürokratie Zeit. Bei der Organisation des Jazz-Fests beispielsweise habe ich früher eine Veranstaltungsmeldung geschrieben, und unsere Honorarkräfte bekamen ihr Geld. Jetzt muss ein Antrag gestellt, von den Lehrkräften eine Rechnung geschrieben und von der Verwaltung geprüft werden. Das ist dreimal mehr bürokratischer Kram als vorher, ohne dass es der Veranstaltung irgendeinen Gewinn bringt.



Auch die festangestellten Musikschullehrkräfte fordern Verbesserungen. Worum geht es?

In Berlin ist die Eingruppierung nicht durch einen Tarifvertrag geregelt, sondern durch vom Senat erlassene Richtlinien. Wir fordern einen Eingruppierungstarifvertrag und verhandeln dazu. Der Senat möchte am Status quo festhalten, die Richtlinien in einen Tarifvertrag übernehmen. Wir wollen, dass unsere Ausbildung anerkannt wird. Unsere Lehrkräfte sind hochqualifiziert, haben in aller Regel ein Hochschulstudium absolviert. Für die Eingruppierung aber wird nur ein Fachschulabschluss berücksichtigt, mehr nicht. Die Anerkennung eines Hochschulabschlusses würde einige Gehaltsklassen höher führen. Bei gemeinsamen Projekten an den allgemeinbildenden Schulen sehen wir die gravierenden Unterschiede. Wir leisten dieselbe Arbeit, werden aber weitaus schlechter bezahlt. Gerechtere Entlohnung anzuheben.

Wie soll es weiter gehen?

Die Ausführungsbestimmungen des Senats verschlechtern die Arbeitsbedingungen für den gesamten Musikschulapparat. Deshalb: Weg damit! Wir fordern einen Tarifvertrag zur Absicherung der arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte und feste Stellen im pädagogischen Bereich – allein wir Musikschulen benötigen 1.600. Bei den vom Senat für seine Projekte bewilligten Stellen aber werden wir kaum berücksichtigt. Wir sind es leid, immer von der Hand in den Mund zu leben. Wir brauchen verlässliche Bedingungen, um die Qualität der Arbeit zu sichern. Und wir versprechen: Unsere bereits seit vier Jahren mit Unterstützung von Verbündeten wie Landeslehrerververtretung und Landesmusikschulrat wählenden Protestaktionen setzen wir fort. Wir können jederzeit fordernd auf der Matte stehen. Melodisch und unüberhörbar.

GESPRÄCH: BETTINA ERDMANN

Kreuzberger Blei erobert die Welt

Geschichte der Schriftgießerei Berthold dem Vergessen entreißen

Über die Berliner Stadtgrenzen hinaus ist der Mehringhof in Kreuzberg als Adresse alternativer Projekte bekannt. Dem Gebäude ist anzusehen, dass es eine längere Geschichte als die über 30 Jahre »Mehringhof« erlebt hat. Lediglich Fachleuten ist der Name Berthold bekannt, der im zweiten Hof an der Fassade prangt. Schülerinnen und Schüler der Schule für Erwachsenenbildung (SfE) im Mehringhof haben sich auf die Spurensuche gemacht und Dokumente zur Geschichte der einst weltweit führenden Schriftgießerei Berthold AG entdeckt, die im Frühjahr 2015 in einer Veröffentlichung präsentiert werden. Interessantes zum ersten Kapitel der Berthold-Firmengeschichte bis zur Weltwirtschaftskrise:

Der »Korrespondent« für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer schrieb in dieser von der Krise geprägten Zeit am 25.1.1930: »Die ge-



Ein Schriftzug kündigt noch vom einstigen Weltkonzern

Foto: AK Berthold AG

genwärtig in der Schriftgießereibranche zu beobachtende (...) Konzentrationsbewegung ist nationaler und internationaler Art. Führend ist auf diesem Gebiet die Firma H. Berthold.« Tatsächlich war aus dem 1858 von Hermann Berthold gegründeten Handwerksbetrieb ein Konzern von Welt entstanden. Seit 1869 war Berthold in der Belle-Alliance-Straße 88, (heute Mehringdamm 43) ansässig,

»wo auf dem Gartenteile des Grundstücks eine hinreichend große Fabrik erbaut worden war«, wie es in der Festschrift »Das Haus Berthold 1858-1921« heißt.

Nachdem im 19. Jahrhundert eine Welle von Erfindungen das Druckereigewerbe in das industrielle Zeitalter katapultierte, hing das Wohl und Wehe einer Schriftgießerei an deren Leistungsfähigkeit und Kapitalaus-

stattung. Berthold war gerüstet und wandelte sich 1896 in eine Aktiengesellschaft, stellte die Weichen auf Expansion. Die Auslandsverbindungen waren »mit solchem Erfolge ausgedehnt«, so die Firmenschrift, »daß in den Hauptländern eigene Vertretungen eingerichtet werden konnten.« Nach kriegsbedingten Einbußen setzte sich die Erfolgsgeschichte nach 1918 fort. Hatte es 1913 noch 47 Gießereien gegeben, waren es 1929 nur noch 27. Mit einem Umsatz von über 9 Mio. Mark war Berthold 1929 nur führend in der Welt. Im April 1930 warnte der »Korrespondent« erneut vor der »Vertristung« des Gewerbes und für die Arbeiterschaft gelte es, »die Weiterentwicklung kapitalistischer Interessenverbindungen mit offenen Sinnen zu verfolgen.« Im gleichen Jahr war die Arbeiterschaft des Kreuzberger Unternehmens von den Folgen der Wirtschaftskrise betroffen. Es kam zu Entlassungen und Stilllegung mehrerer Filialen. 1933 begann sich die wirtschaftliche Situation der Berthold AG zu stabilisieren, die politischen Koordinaten hatten sich indes grundsätzlich verschoben. Welche Entwicklung das Unternehmen in der Zeit des Faschismus nahm, ist derzeit im Fokus unserer laufenden Recherchen. **ARBEITSKREIS BERTHOLD AG**

Der Internationale Arbeitskreis Druck- und Mediengeschichte (IADM) versammelte in den letzten Novembertagen im Deutschen Zeitungsmuseum in Wadgassen (Saarland) Mitglieder und Interessierte zu seiner Jahrestagung 2014. Thema war der Übergang vom Buchdruck zum Fotosatz in den 1970er und 1980er Jahren. Mir, wie auch anderen Kollegen aus unserem Fachbereich, war dieser Arbeitskreis mit Druckhistorikern, Museumspädagogen, Bibliothekaren, Setzern und Druckern bis dahin unbekannt. Sie wollen Öffentlichkeit erreichen, Theorie und Praxis miteinander verbinden.

Karsten Uhl von der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität stellte am Beispiel der Betriebsräte bei der Stuttgarter Zeitung und Gruner+Jahr dar, wie diese 1976 bei der Einführung der »bleifreien Zeitung« und neuen Rotationsmaschinen versuchten, den Verlust von Qualifikationen und technischen Kenntnissen nicht einfach als Dequalifikation zu beschreiben. Die Weiterbildung, das »Mehr an Wissen«, die Fähigkeit »Dass alle alles machen« bedeuteten

eine Erweiterung traditioneller Facharbeiterqualifikationen. Dabei spielte die gewerkschaftliche Strategie eine Rolle, die Arbeit am Computer nicht, wie von Unternehmensseite gewünscht, »den flinken Händen von Hausfrauen« zu überlassen, sondern elektronische Textfassung und Gestaltung von qualifizierten Facharbeitern zu fordern.

Ralf Roth von der Goethe-Universität beschrieb Ziele der IG Druck und Papier bei Einführung der neuen Technik: Erhalt der Arbeitsplätze, Qualifizierung, Gesundheitsschutz und Arbeitszeitverkürzung. Der gewerkschaftliche Tarifvertrag von 1977, der Facharbeiterbindung und Bedingungen für die Arbeit am Bildschirm festschrieb, wurde durch Arbeitskampf 1978 durchgesetzt. Auch der Kampf um die 35-Stunden-Woche ab 1984 war eine gewerkschaft-

liche Antwort auf die neuen Technologien. Diese verändern die Produktionsverfahren in der Druckindustrie und stellen Gewerkschaften wie Beschäftigte bis heute vor existenzielle Herausforderungen.

Die Tagung zum Umbruch in der Druckindustrie, brachte auch einen »Umbruch« bei der Beteiligung mit sich. Denn wohl zum ersten Mal in

GEWERKSCHAFT MIT AM ZEITZEUGENTISCH

der 31jährigen Geschichte des Arbeitskreises war »die Gewerkschaft« dabei und saß in Person von Kurt Haßdenteufel mit am Zeitzeugentisch. Er war Betriebsratsvorsitzender in der Saarbrücker Zeitung, bis er als hauptamtlicher Sekretär bei der IG

Druckindustrie im Wandel

Technologie, Arbeit und Beruf

Druck und Papier anfang. »1978 waren wir 1200 Kollegen im Betrieb, heute sind es 370«, beschrieb er eine der zentralen Folgen des technologischen Umbruchs. »Aber das ist auch der Auslagerung von Produktion und fehlenden Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte bei technischen Veränderungen geschuldet.«

Viele Facetten des technischen Umbruchs wurden angesprochen, von den ersten Computern im graphischen Gewerbe bis zu neuen Berufsbildern. Kritisch wurde angemerkt, dass die Entwicklung dieser Jahre in der DDR nicht beleuchtet wurde und die gewerkschaftliche Seite unterbesetzt war.

Alle stimmten überein, dass die Diskussion dieses Themas erst beginne. Die Fortführung sei auch mit dem Übergang in die digitalen Druckverfahren von Bedeutung. Ich halte es für lohnend, die in vielen Feldern brach liegenden Verbindungen zwischen Gewerkschaft und Wissenschaft zu erneuern und die Diskussion zum gegenseitigen Nutzen voranzubringen.

CONSTANZE LINDEMANN

25 Jahre nach ihrer Gründung beginnt die Büchergilde Gutenberg mit diesem Buche eines großen Erzählers ein neues Kapitel ihrer Geschichte in einer neuen Zeit...«, so verheißt die Eingangsseite in Arnold Zweigs »Allerleirauh«. In Eigen-darstellungen der Büchergilde, zum 40., zum 60. und nun zum 90. Jahrestag, wird Übergang, dass es ihr Wiedererstehen nicht nur in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands gab. Zeitlich früher erteilte die sowjetische Besatzungsmacht bereits im Februar 1947 eine Lizenz.

Für die Wiedergeburt der Büchergilde Gutenberg engagierte sich in Berlin Richard Barth. Er, 2. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Buchdrucker bis zum 2. Mai 1933, wurde 1946 zum Ersten Vorsitzenden des Verbandes für das Graphische Gewerbe im FDGB Groß-Berlin gewählt. In einer Rede äußerte er: »Unsere fachlich-kulturelle Arbeit soll der Hebung der Buchkultur und der graphischen Künste im allgemeinen dienen. Berufsgeschichte soll gleichzeitig weltanschauliches Denken fördern. Dabei möchten wir nicht unterlassen, ein im Werden begriffenes, unserer Arbeit nutzbringendes Kulturgut zu erwähnen. Das ist die »Büchergilde Gutenberg«. Seit der Lizenzerteilung durch die SMA sind bereits Monate verstrichen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten mussten aus dem Weg geräumt werden.« Daraus – dem Gewinnen der für das Projekt Verantwortung übernehmenden Personen, Papiermangel – erklärt es sich, dass erst Ende 1949 der erste Titel mit der Angabe »Büchergilde Gutenberg. Berlin« erscheinen konnte – eben Arnold Zweigs »Allerleirauh«.

Richard Barth hatte die Büchergilde als »Gemeingut der gesamten

Allerleirauh war das erste Buch

Nachschlag zum 90. Geburtstag: Büchergilde Gutenberg in der SBZ/DDR



Dezember 1949, Vorstellung des ersten Buches der Büchergilde in Berlin: Walther Victor, Walter Maschke, Leiter der Abt. Schulung und Kultur im FDGB-Vorstand, Arnold Zweig (v.l.n.r.)

Foto: AdK, Archiv Walther Victor, Fotosammlung

Gewerkschaften« gewertet. So wurde auch die Gesamtorganisation, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), zum Träger. Zu Geschäftsführern wurden Richard Barth und Paul Kotzur, der Leiter des FDGB-Verlages »Die Freie Gewerkschaft«, bestellt. Prokurist wurde Wilhelm Meyer, einer der Anteilseigner des Gründungskapitals der Büchergilde 1924.

Als Leiter wurde Walther Victor, 1947 aus der Emigration in den USA zurückgekehrt, gewonnen. Er, Autor der Büchergilde vor 1933, war Mitbegründer und 2. Vorsitzender des »Schutzverbandes Deutscher Autoren Zone« und an der Initiative zur Gründung des Deutschen Schriftstellerverbandes beteiligt. Seine Verantwortung sah er so: »Die Büchergilde Gutenberg kann im Jahre 1949 nicht einfach dort wieder anknüpfen, wo

sie 1933 aufgehört hat, sondern sie muß bei ihrem Neuaufbau den grundsätzlichen Veränderungen der Situation und der besonderen gesellschaftlichen Lage in der Ostzone Rechnung tragen. Das heißt, ihre Arbeit muß bei Übernahme des traditionellen Systems der verbilligten, regelmäßigen Buchlieferung an ihre

DER BESONDEREN LAGE RECHNUNG TRAGEN

Mitglieder und des ebenso traditionellen Prinzips, nur inhaltlich und ausstattungsmäßig wertvolle Bücher zu liefern, berücksichtigen, dass sie auch ihren Platz einzunehmen hat in dem großen Anliegen der demokratischen Erneuerung Deutschlands...«

Nach dem Band mit Erzählungen Arnold Zweigs folgten die von Bruno Kaiser herausgegebene Anthologie »Das Wort der Verfolgten«, Erwin Strittmatters »Ochsenkutscher«, Wolfgang Johos »Ein Dutzend und zwei« und Helmut Hauptmanns »Das Geheimnis von Sosa«. Ausländische Autoren waren mit Maxim Gorkis »Die Menschen haben gesiegt«, oder Martin Andersen Nexös »Erinnerungen« vertreten. Einige dieser Bücher sind heute im Bestand der Historischen Bibliothek des Karl-Richter-Vereins.

Im Sommer 1950 tagte der 3. FDGB-Kongress. Es war der erste nach Gründung der DDR und mit ihm die Entscheidung verbunden: »Die Gewerkschaften anerkennen ... die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der SED.« Am 1. Dezember 1950 erklärte das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes: »Auf Grundlage der neuen gesellschaftlichen Ordnung in der DDR ist der Kampfcharakter der Büchergilde, den sie vor 1933 trug und heute noch im Westen Deutschlands tragen müßte, nicht mehr erforderlich. Das Prinzip des verbilligten Buchbezuges verliert zukünftig seine Berechtigung aus dem Grunde, weil die gesamte Buchproduktion nicht unter kapitalistischen Gesichtspunkten geplant und gesteuert wird, sondern dies geschieht ausschließlich im Sinne einer demokratischen Kulturpolitik.« Zum 31. Dezember 1950 endete so die Tätigkeit der Büchergilde Gutenberg in der DDR.

WOLFGANG BLUMENTHAL

In ihrer jüngsten Versammlung hatte die Gruppe der Rundfunksenioren Reiner Braun von den »Rechtsanwälten gegen den Atomkrieg« zu Gast. Er sprach über die Dringlichkeit einer neuen Ostpolitik, die die legitimen Interessen auch des anderen zum Grundsatz hat.

Die Rundfunksenioren Nalepastraße blicken 2015 auf 25 Jahre ihres Bestehens zurück. Viele werden sich schmerzhaft erinnern, wie 1990 Mühlfenzl und Co. den DDR-Rundfunk abzuwickeln begannen und ihnen nur der Zwangsruhestand blieb. Damals formierte sich unter dem Dach der IG Medien die »Seniorengruppe Funkhaus Berlin«, der über 300 Mitglieder angehörten. Sie versprachen

Blick zurück und nach vorn

25 Jahre Rundfunksenioren Nalepastraße

sich Schutz vor unsozialen Entscheidungen. Eine Renten-Beratungsgruppe half, sich den neuen Umständen nicht tatenlos zu ergeben – von Beratung bis zu Hilfe bei Sozialprozessen. Außerdem bot die Gruppe eine politische Heimstatt. Nachdem die ersten selbst organisierten Reisen großen Zuspruch gefunden hatten, existiert diese mit Mühen verbundene Aktivität bis heute – dank der Aktiven in der Gruppenleitung. Mit schöner Selbstverständlichkeit finden alljährlich die Sommerfeste und Weih-



nachtsfeiern statt. Vor allem existiert das »Senioren-Echo«, das Mitteilungsblatt der Gruppe. Es bietet wertvolle Information, die auch von jenen genutzt wird, die an den Treffen nicht teilnehmen, aber so Kontakt behalten. Umso mehr, weil über die Gesehnisse rund um das Funkhaus

berichtet wird. Diese Aktivitäten sind dank der Unterstützung der ver.di-Bezirksleitung Berlin möglich.

In den 25 Jahren haben sich die Reihen gelichtet – knapp 140 Mitglieder sind es noch. Aber nicht nur sie, auch die Aktiven der Gruppenleitung sind ein Vierteljahrhundert älter geworden. Der eine oder andere sieht sich nicht mehr in der Lage mitzuwirken. Dem ins Auge zu blicken, war Gegenstand der jüngsten Zusammenkunft der Leitung – mit dem Fazit, dass die Aktivitäten im kommenden Jahr stark eingeschränkt werden müssen. Leider, auch wenn der Rückblick auf die vergangenen Jahre alle Beteiligten mit Genugtuung erfüllen sollte. A.G.

Guten Morgen Willy!

Sie waren unsere Nachbarn – Schriftstellerin Astrid Vehstedt erforscht mit Bewohnern der Berliner Thomasiusstraße jüdisches Familienschicksal

Eigentlich wollten wir nur einen Stolperstein verlegen. Jetzt ist daraus eine Geschichte geworden. «Astrid Vehstedt, Regisseurin, Schriftstellerin und Vorsitzende des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), sitzt mit ihren Nachbarinnen Ursula Vogel – Medizinisch-technische Assistentin – und Miriam Stahlke – Schauspielerin – in ihrem von Büchern überbordenden Wohnzimmer. Die Frauen halten Briefe in der Hand, lesen Passagen vor. Die klingen alltäglich: Zieh Dir was Warmes an. Bitte iss ordentlich. Wie siehst Du aus? Bei uns nichts Neues. Wer zwischen den Zeilen zu lesen vermag, entdeckt die Bedrohung jüdischen Lebens in der Nazizeit. Genauer des Lebens der Familie Löw – Erna, Nuchem, Liane und Willy Löw, Thomasiusstraße 11, Hinterhaus, erste Etage. Astrid Vehstedt wohnt heute im Hinterhaus, Ursula Vogel und Miriam Stahlke schräg gegenüber. »Sie waren unsere Nachbarn!«

Es begann im Sommer 2013 mit einem Flyer. In den 27 Häusern der Thomasiusstraße unweit der Synagoge Levetzowstraße hatten 104 Juden gewohnt. Für sie sollten Stolpersteine verlegt werden, Paten wurden gesucht. Ein erstes Nachbarschaftstreffen vereinte 20 Anwohner: »Wir wollen mehr über Verfolgung und Deportation unserer einstigen Nachbarn wissen.« Zur Erforschung der Geschichte gründete sich in Astrids

WILLY LÖW ÜBERLEBTE ALS EINZIGER

Vehstedts Hausgemeinschaft eine Initiative, zu der auch Antje Both, Christopher Engelmann und Michael Link zählen. Auch andere Nachbarschaften forschen.

Die Schriftstellerin, die sich bereits mit Holocaustprojekten beschäftigte, wandte sich an Yad Vashem, bat um Auskünfte zu Familie Löw und Familie Holländer, die einst im Vorderhaus wohnte. Inzwischen sind in diesem 1953 gegründeten Weltzentrum zum Gedenken an die Holocaust-Opfer in Jerusalem vier Millionen Namen der sechs Millionen während der Nazizeit ermordeten Juden erfasst. Zu Familie Löw gab es eine

Antwort. Ein Brief kam aus Israel von Esther Cohen, einer Tochter von Willy Löw. Er hatte als Einziger überlebt, starb 2004 als hochgeachteter Physiker und Begründer des »Jerusalem College of Technology« in Israel. Nuchem, Erna und die damals 14-jährige Liane, die aus dem besetzten Belgien – wo sie bei Ver-

struieren versucht, erreichte die Nachbarschaftsgruppe ein Bündel mit 60 Briefen der Familie Löw, geschrieben ab 1938 in der Berliner Thomasiusstrasse. »Das war ein großer Vertrauensbeweis, handelt es sich doch um sehr private Briefe«, sagt Astrid Vehstedt. Auf dünnem Papier oder herausgerissenen Schul-



Willy Löw: Collage von seinem Sohn, dem Fotokünstler Shimon Lev aus der Serie »Gniza«. Das Foto hängt in Astrids Vehstedts Wohnzimmer.

©: Shimon Lev



Astrid Vehstedt

Foto: Chr. v. Polentz / transitfoto.de

wandten sicher sein sollte – zu den Eltern zurückgekehrt war, wurden am 17. Mai 1943 mit dem »38. Transport Ost« ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Erna verabschiedete sich noch von der Hauswirtsfrau und versprach, von sich hören zu lassen. Als offizielles Todesdatum gilt der 8. Mai 1945.

Über Shimon Lev, einen Sohn Willys, der als israelischer Filmemacher das Schicksal seiner Familie zu rekon-



heftseiten geschrieben, waren sie schwer zu entziffern. Sie zu transkribieren verlangte akribische Arbeit. Die Briefe Lianes an ihren Bruder Willy – der 1938 als 16-Jähriger mit einem der letzten Kindertransporte nach England gelangte, dort als Deutscher in ein Kriegsgefangenenlager eingewiesen, später nach Kanada verschifft wurde und in die USA emigrierte – sind zum Teil auf französisch mit jiddischen Einsprengseln verfasst. Trotz der Lebensgefahr erzählt Liane oft humorvoll vom Alltag, der Schule und dem, was die Familie nicht wusste: ihrer Flucht nach Frankreich zu Verwandten, die sie nicht auf die Ausreise in die USA mitnehmen konnten. Die Nachfragen der Eltern zu Willys Essen und Kleidung zeugen von Besorgnis – war es doch in Deutschland Juden inzwischen verwehrt, sich warme Kleidung und

gesunde Nahrung zu kaufen. Immer wieder heißt es: Bei uns nichts Neues. »Die Briefe vermitteln eine große Ruhe, aber man spürt die Last«, erklärt Astrid Vehstedt. »Angesichts zunehmender Nazi-Repressalien reagierten die Eltern mit Schweigen. Es gab Zensur, sie durften nicht schreiben, was sie vielleicht gern geschrieben hätten. Die Mutter ist erschöpft von 12-stündiger Zwangsarbeit als Wicklerin in der AEG.« Später finden sich nur noch Postkarten mit erlaubten 25 Wörtern.

Im Februar 2014 besucht Shimon Lev Berlin, inzwischen ist der Kontakt zu ihm eng. Er bringt die Originalbriefe mit. Für sein Filmprojekt über die Geschichte seiner Familie lesen Astrid, Ursula, Miriam und andere Hausbewohner aus den Originalen an originalen Schauplätzen – im Hausflur, im Hof, vor dem Tor,

MIT DEN BRIEFEN BEGANN ETWAS NEUES

Fotos der Familie Löw neben sich. Nachbarn bleiben stehen. »Mir haben die Hände gezittert, als ich das dünne Papier berührte«, sagt Ursula Vogel. »Mit den Briefen wurde uns ein großes Geschenk gemacht. Wir hatten plötzlich etwas Gemeinsames, Wertvolles.« Alles sei noch mal sichtbar geworden, findet Miriam Stahlke. »Im Haus hat etwas Neues begonnen.«

Nachbarn, die sich früher allenfalls grüßten, sind zusammengerückt, helfen sich, Probleme der derzeitigen Hausanierung zu bewältigen. Ursula Vogel hat sogar ihre Umzugspläne fallen gelassen. »Wenn ich durch unsere Straße über die Stolpersteine gehe, denke ich an die Menschen, die einst hier lebten. Sie haben einen Namen, eine Geschichte.« Die Steine für Familie Löw werden im nächsten Frühjahr gelegt, »wir wollen unbedingt alle dabei sein«, sagt Astrid Vehstedt. Shimon hat inzwischen sein Familienprojekt in Tel Aviv und Graz ausgestellt.

Die Nachbarschaftsgruppe will weiter recherchieren, dem Schicksal von Channa und Golda Rachel Holländer und dem 6-jährigen Joachim Falkenstein nachspüren, die am 17. März 1942 deportiert wurden.

Willy Löw übrigens hat mit seinen fünf Kindern nicht mehr Deutsch gesprochen. Astrid Vehstedt aber grüßt sein Foto in ihrem Wohnzimmer öfter mal: »Guten Morgen Willy!«

BETTINA ERDMANN

MEDIENGALERIE

Ausstellungen

- *Schulzenhof – Lebensort von Eva und Erwin Strittmatter*, Fotoausstellung von Edith Rimkus-Beseler vom 15. Januar bis 20. Februar 2015. Eröffnung 15. Januar um 18 Uhr.
- *Warum schweigt die Welt?* Häftlinge im Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus 1933-1936. Eine Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand vom 26. Februar bis 17. April 2015.
- *Generation Hoffnung*, Arbeiten von fünf Künstlerfreunden aus Potsdam vom 23. April bis 15. Juni 2015.

Öffnungszeiten MedienGalerie während der Wintermonate Dezember bis März: Mo und Fr 14-16 Uhr, Die 17-19 Uhr, Do 13-18 Uhr. Medien-Galerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin (U-Bahnhof Platz der Luftbrücke, Bus 104), www.mediengalerie.org

SEMINARE

- *Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit*: 24. Februar 2015, 9.30 – 16.30 Uhr. Referenten Andreas Ulrich, Journalist, u.a. rbb, Bernd Hubatschek, MKK Consult. Das Seminar soll größere Sicherheit bei der Erschließung des Medienmarktes und der Vermarktung journalistischer Leistungen vermitteln und diskutiert Beispiele für die Selbstvermarktung. Tipps gibt es zu Kontaktaufbau, Markterschließung, Honoraren, Marktpreisen, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Gemeinschaftsgründungen. Angesprochen sind vor allem Journalisten, die den Markteinstieg als Freie vollziehen, als auch Kollegen, die ein nicht genutztes Medium erschließen wollen.

- *Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler*. 17. März 2015, 9.30 – 16.30 Uhr. Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult. Im Seminar werden Kenntnisse zu Bedingungen freiberuflicher Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen vermittelt. Die Teilnehmer sollen Chancen und Risiken einer Selbstständigkeit beurteilen können, die Besonderheiten für ihre Berufsgruppen nutzen lernen. Für bereits erfolgte Gründungen kann das Seminar zur Überprüfung der getroffenen Entscheidung dienen. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten, Anmeldeformalia, soziale Absicherung für Freie (Künstlersozialkasse) betriebswirtschaftliche und

steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.

Jeweiliger Ort und Anmeldung: ver.di Landesbezirk, Raum 3.12. E-mail: Andreas.Koehn@verdi.de, Tel. 030/ 88 66-4106, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8 Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Mitglieder: 13 Euro, Nichtmitglieder: 60 Euro.

LITERATUR

Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im »Terzo Mondo«, ab 19 Uhr, Grolmannstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf. Uhlandstraße (U 15) und vom S-Bhf. Savignyplatz entfernt.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Erwerbslose von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag, 17.30 Uhr, ver.di Landesbezirk, Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel@gmx.de, Tel. 0174/5616579 Olaf.Zygalcky@verdi.org, Tel. 0176/49021662

VERLAGE, DRUCK & PAPIER

Neujahrsbrunch: Sonntag, 18. Januar 2015, 10-13 Uhr im »Alberts« Karl Marx Allee 35, 10178 Berlin (am Kino International)

Vorstandssitzung: 5. Januar 2015, 17 Uhr, ver.di Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

VER.DI FILMUNION

Stammtisch jeweils alle drei Monate am zweiten Dienstag: 10.3.2015, 9.6., 8.9., Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

SENIOREN

Alte Barden Runde: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat um 15 Uhr im Restaurant »Alter Krug« in Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin

Senioren Ausschuss: Mitgliederversammlungen 15. Dezember 2014 und 26. Januar 2015, Vorstandssitzung 12. Januar 2015, jeweils 11 Uhr, ver.di Landesbezirk, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Querköpfe: ver.di-Senioren-Zeitung FB 8 für Berlin-Brandenburg, Ausgabe 4/2014 zum Download. Inhalte u.a.: Rassistenaufmarsch in Berlin-Marzahn; Interview mit der DGB-Vorsitzenden Berlin-Brandenburg Doro

Zinke; Tarifeinheit, Stellungnahmen zum Referentenentwurf; Protest der Musikschullehrer in Berlin; Pflege-stärkungsgesetz 1: Besser, aber längst nicht gut; Radiosender AFN bis Mitte der sechziger Jahre; Quertreiber in der Koalition gegen deren Rentenpolitik. <https://senioren-berlin.verdi.de>

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (außer Dezember) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206, 10115 Berlin.

VERSCHIEDENES

Landesmigrationsausschuss: Der 2010 gegründete Ausschuss bei ver.di vereint derzeit Kollegen aus fünf Fachbereichen – Verkehr, Post, Einzelhandel, Medien und Gesundheit. Er soll mit Interessierten ausgebaut werden. Sitzungen in der Regel jeden letzten Dienstag im Monat, 17 Uhr, ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Arbeitskreis Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender Berlin-Brandenburg: Treffen jeden 2. Freitag im Monat, 18 Uhr, ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin.

Broschüre »Meister für Veranstaltungstechnik«: Für die 2009 erlassene Fortbildungsprüfungsverordnung gibt es eine ver.di-Broschüre mit Erläuterungen von Strukturen der Prüfungsanforderungen und des Konzeptes. Diese von Sachverständigen und Fachleuten aus der Berufspraxis entwickelte Handreichung erklärt Ideen der Fortbildungsverordnung. Sie richtet sich an Mitglieder der Prüfungsausschüsse, Bildungsträger und deren Lehrkräfte. Aufgenommen sind Änderungen, Fehler wurden korrigiert. Printversion über: gabriele.siebeck@verdi.de, <http://bildungspolitik.verdi.de/service/publikationen>.

Ausschreibung ver.di-Kunstkalender 2016: Der Kunstkalender soll das künstlerische Profil von ver.di schärfen und die Präsenz der bildenden Künstler stärken. Die Ausschreibung richtet sich an alle Künstlerinnen und Künstler, die Mitglied bei ver.di sind. Zwölf werden ausgewählt, mit einem Bild und ihrer Kurz-Vita vorgestellt. Das Preisgeld beträgt jeweils 300 Euro. Die Kunstgattung ist unbeschränkt, bis zu drei Arbeiten können in digitalisierter Form vorgelegt werden. Zu diesen ist die Kurzvita einzureichen und – falls vorhanden – Texte zu den Werken. Die Bilder müs-

sen für den Abdruck im Kalender und zur Kalenderwerbung in allen ver.di Medien freigegeben sein. Bildgröße: 20 x 30 cm, 300 dpi, Formate: pdf, jpeg oder tif. Bilddaten und Vita bitte mit einer fünfstelligen Nummer bezeichnen und nicht mit dem Künstlernamen. Digitalisierte Bewerbung auf CD-ROM an: ver.di-Bundesverwaltung, Fachgruppe Bildende Kunst, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Bewerbungsschluss: 28. Februar 2015

Hotline zum Mindestlohn: Gilt der Mindestlohn in allen Branchen? Bekommen ihn auch Rentner? Antworten darauf veröffentlicht der DGB in einer Mindestlohnbroschüre. Zudem schaltet er vom 2. Januar bis zum 31. März 2015 eine Mindestlohn-Hotline – Tel.: 03 91 / 4 08 80 03 –, die für Aufklärung sorgt. Auch das Bundesarbeitsministerium hat ein Bürgertelefon eingerichtet. Broschüre zum Mindestlohn unter: www.berlin-brandenburg.dgb.de

IMPRESSUM

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich), Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.
Redaktionelle Betreuung: Bettina Erdmann, transit.berlin.pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030 / 61 30 96-63, Fax: 030 / 61 30 96-66.
erdmann@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation/Claudia Sikora, Erkelenzdammer 9, 10999 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: bleifrei Medien + Kommunikation
Druck: apm AG Darmstadt
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt.
Sprachrohr erscheint fünfmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Der ver.di-Fachbereich 8 vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg im Internet:

www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

**Sprachrohr 1/2015 erscheint Mitte März 2015
Redaktionsschluss am 10. Februar 2015**

Die Flötentöne wurden beigebracht

Wegweisendes Urteil: Musiklehrerin aus NRW errang vor Gericht Festanstellung

Helene H. ist mit Leib und Seele Musiklehrerin. »Schon als kleines Mädchen war das mein Wunschberuf.« Seit mehr als einem Jahrzehnt unterrichtet sie an der zwischen Bonn und Köln liegenden Musikschule Niederkassel Flöte und Klavier im Gruppen- und Einzelunterricht, kümmert sich um musikalische Früherziehung und den Musikpavillon. Sie absolviert das ganze Programm einer hochqualifizierten Musikschullehrkraft, leistet die gleiche Arbeit wie ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Allerdings bislang auf eigenes Risiko per Honorarvertrag als Freie – schlechter ent-

SELBSTÄNDIG ODER ANGESTELLT?

lohnt, schlechter abgesichert, ohne gesetzliche Sozialversicherung, ohne bezahlten Urlaub und Krankheit. Das sei offenbar bundesweit Usus, erklärt Helene H., die auch die Auseinandersetzungen in Berlin verfolgt. Um Kosten zu sparen, würden u.a. ausschließende Festangestellte durch Freie in ihrer Schule ersetzt – bei ihr bereits 2003.

Ins Rollen kam für Helene H. alles mit einer Statusfeststellung zur Scheinselbständigkeit über die Künstlersozialkasse und die Rentenversicherung: Bei der Musiklehrerin läge eine versicherungspflichtige Tätigkeit und damit ein »richtiges« Arbeitsverhältnis anstelle einer freien Mitwirkung vor. Die Musikschule und mit ihr die Stadt als Vertragspartnerin für die Honorarkräfte bestritten das. Sie argumentierten, dass Helene H. keinen Weisungen hinsichtlich Zeit Ort Art und Weise der Tätigkeit unterliege, die Teilnahme an Konferenzen und Vorspielen freiwillig sei. Sie sei nicht fest angestellt, unterliege demzufolge auch keiner Versicherungspflicht.

Die Sache entwickelte sich zu einer komplizierten gerichtlichen Auseinandersetzung, landete in erster und zweiter Instanz vor dem Sozialgericht Köln und dem Landessozialgericht NRW in Essen, zudem vorm Arbeitsgericht Siegburg. Helene H. klagte mit Hilfe des Kölner Büros der DGB Rechtsschutz GmbH, für das Berufungsverfahren wurde ver.di-Hilfe vom Landesbezirk NRW in Düssel-

dorf in Anspruch genommen. Über einstimmend befanden die Richter bei Prüfung des Vertrages, der für alle Lehrkräfte verbindlichen Schulordnung und der schulischen Praxis, dass bei Helene H. von einem Arbeitsverhältnis anstatt einer freien Tätigkeit auszugehen sei. Denn sie unterliege dem Weisungsrecht des Arbeitgebers und sei von ihm in einem hohen Maß persönlich abhängig. Der Arbeitsort sei nicht frei wählbar, die Bedingungen wären vorgegeben. Demzufolge – das ergab eine »Gesamtschau« – sei Frau H. als abhängig Beschäftigte einzustufen.

Ulrike Komp, Teamleiterin bei der Kölner DGB Rechtsschutz GmbH, deren Rechtssekretärin die Musiklehrerin vor dem Arbeitsgericht Siegburg vertrat, kommentiert die Entscheidung: »Nach meiner Ansicht ist die Direktorin des Arbeitsgerichts Siegburg von der herrschenden Meinung in Literatur und Rechtsprechung ausgegangen. Sie hat zutreffend die Voraussetzungen für das Vorliegen einer Arbeitnehmerschaft im Gegensatz zur Honorarkraft ausgeführt und hat – da wir gemeinsam mit der Klägerin die entsprechenden Angaben machen konnten – festgestellt, dass die Klägerin Arbeitnehmerin und nicht Honorarkraft ist.« Richtigerweise sei das Gericht vom tatsächlichen Sachverhalt und nicht etwa von der vertraglichen Regelung ausgegangen – jedenfalls dann, wenn sich Vertrag und tatsächliches Praktizieren nicht deckten.

»Für die Frage eines freien Mitarbeitervertrages oder eines Arbeitsverhältnisses ist wesentlich,« erläutert Komp, »wie intensiv der Beschäftigte – in diesem Fall die Lehrerin – in den Unterrichtsbetrieb des Arbeitgebers eingebunden ist, inwieweit sie Unterrichtsinhalt und -erteilung,

ARBEITNEHMERIN, KEINE HONORARKRAFT

ihre Arbeitszeit und die weiteren Umstände der Dienstleistung mitgestalten kann oder nicht. Tatsächlich widersprachen sich sogar der Arbeitsvertrag und die darin in Bezug genommene Musikschulordnung.« Das Gericht habe hierzu argumentiert, dass die Klägerin »den Ort der Arbeitsleistung nicht verhandeln

kann, wenn sie tatsächlich keinen Verhandlungsspielraum hat.« Weitere entscheidende Gesichtspunkte wie Zuweisung der Schüler an die Musikschullehrkräfte, Unterrichtsdauer, Unterrichtshäufigkeit, Bindung an die Lehrpläne des Verban-

FESTE ANSTELLUNG STATT UNSICHERHEIT

des Deutscher Musikschulen, Teilnahme an Vorspielen, Musikveranstaltungen und anderes sprachen alle zugunsten der Klägerin. »Somit bejahte das Arbeitsgericht die Eingliederung von Frau H. in den Betrieb der Musikschule.«

Helene H. ist erleichtert, nun auch die gerichtliche Einigung hinter sich zu haben. Die Stadt hat in zweiter

Instanz eingelenkt. Die Musiklehrerin bekommt rückwirkend zum 1.9.2003 einen festen Vertrag mit einer Nachzahlung, wird künftig nach Tarif Öffentlicher Dienst entlohnt.

Die zeitaufwändige gerichtliche Auseinandersetzung hat sie als nervenaufreibend erlebt. Sie wurde – lang ersehnt – in dieser Zeit schwanger, hat den entscheidenden Gerichtstermin beim Arbeitsgericht eine Woche nach der Entbindung wahrgenommen.

Inzwischen ist ihre Tochter ein dreiviertel Jahr alt. Helene H. freut sich jetzt auf die Arbeit, die sie im März 2015 wieder aufnehmen wird. Fest angestellt, ordentlich abgesichert, besser bezahlt.

BETTINA ERDMANN

Urteile: Arbeitsgericht Siegburg, 13.3.2014: Ca 2618/13, Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, 27.11.2013, L 8 R 148/12

ANZEIGE

Tafel e.V. beliefert Superreiche.



Foto: Jürgen Braunweller/bleifrei

Lassen Sie sich nichts vormachen. Profis recherchieren mit Presseausweis.

Der aktuelle Presseausweis 2014 steckt in den Taschen zehntausender professioneller JournalistInnen. Immer griffbereit. Denn er legitimiert gegenüber Behörden, Veranstaltern und Polizisten. Bei Akkreditierungen, Recherchen vor Ort, bei politischen und sportlichen Großereignissen, in Archiven und Unternehmen. Er weist die Inhaber als hauptberuflich tätige JournalistInnen aus. Er hilft ihnen weiter.

Presseausweise bei ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel. 030/88 66-54 20, Mo./Di. 9 – 16.30, Mi. 9 – 14, Do. 13 – 17 Uhr | www.dju-berlinbb.de